

Mittelstands Magazin

www.mit-magazin.de

G 1480

4

2016

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Wahlen in
drei Ländern

PRO & CONTRA

Onlinehandel
und Mittelstand

WIRTSCHAFT

Das reine deutsche
Bier wird 500 Jahre

HIDDEN CHAMPIONS

Die Hälfte kommt
aus Deutschland



OPEN FOR YOUR KREATIVITÄT

CLOSED FOR EVERYBODY ELSE

**DIE OPEN TELEKOM CLOUD
EINFACH. SICHER. GÜNSTIG.**
MEHR INFOS UNTER [CLOUD.TELEKOM.DE](https://cloud.telekom.de)



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

Die Politik des Ignorierens ist gescheitert

Der Wahlsonntag vom 13. März hat die politische Landschaft in Deutschland kräftig durcheinander gewirbelt. Die etablierten Parteien mussten Federn lassen, während die AfD deutliche Stimmenzuwächse einfuhr. In Sachsen-Anhalt stimmte jeder vierte Wähler für die AfD, in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wurde die Partei drittstärkste Kraft. Nur in dieser Partei sahen offenbar viele Bürger eine Möglichkeit, gegen die aktuelle Bundespolitik zu protestieren. Die drei Landtagswahlen sollten uns daher in dreifacher Hinsicht eine Lehre sein.

Erstens: Die Politik des Ignorierens und des Moralisiereins ist gescheitert. Die rot-grüne, leider auch häufig schwarz schattierte Moralleule hat die AfD erst stark gemacht. Die Bürger haben ein feines Gespür für politische Tricks und Winkelzüge. Sie spüren, wenn Politik und Medien im Schulterchluss eine Partei in die Schmuttel-Ecke stellen wollen. Das Ausgrenzen aus Talkshows, das Reduzieren auf Aussetzer des Spitzenpersonals, die öffentliche Debatte über den „richtigen Umgang“ – das alles hat die Partei und ihre Wähler zusammengeschießt nach dem Motto: Jetzt erst recht. Wir müssen deshalb dringend anfangen, uns mit der AfD und ihren Inhalten auseinanderzusetzen. Nur wer ihre Positionen kennt, wie zum Beispiel die Forderung nach einer Wiedereinführung der D-Mark, kann die Partei argumentativ stellen.

Zweitens: Wir haben es mit einem fundamentalen Vertrauensverlust der Bürger in die politischen Institutionen zu tun. Das wird deutlich am Beispiel Flüchtlingskrise: Seit der Silvesternacht von Köln melden sich so viele Bürger wie nie zuvor bei mir. Sie sorgen sich um nicht weniger als den Erhalt der staatlichen Ordnung und der sozialen Systeme. Es geht ihnen um Fragen, die den Kern unseres Staatswesens und unserer Gesellschaft berühren. Umso wichtiger ist es, dass wir die Probleme, die ein massiver Zustrom von Flüchtlingen aus überwiegend muslimischen Ländern unweigerlich

mit sich bringt, offen benennen und ausdiskutieren. Der Soziologe Paul Scheffer hat einmal konstatiert, dass eine Gesellschaft umso friedlicher ist, je offener sie über Probleme spricht. Dies sollte sich die Union mit sich bringen, offen benennen und ausdiskutieren. Der Soziologe Paul Scheffer hat einmal konstatiert, dass eine Gesellschaft umso friedlicher ist, je offener sie über Probleme spricht. Dies sollte sich die Union mit sich bringen, offen benennen und ausdiskutieren.



Dr. Carsten Linnemann ist Bundestagsabgeordneter und Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Drittens: Die Union muss ihr Profil schärfen. Wenn zwischen den Volksparteien kaum noch inhaltliche Unterschiede zu erkennen sind, findet Opposition nicht mehr statt. Bei den großen Themen Euro und Flüchtlinge etwa spricht faktisch der gesamte Bundestag mit einer Stimme. Kein Wunder, dass sich viele Bürger nicht mehr vertreten fühlen und zur „Alternative“ abwandern. Die Union braucht spätestens zum Bundestagswahlkampf 2017 eine klare Erkennungsmelodie. Hier kommt es auch auf die MIT an. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, der Union ihr wirtschaftspolitisches Profil zurückzugeben. Wir müssen die Zukunftsthemen Digitalisierung und Demografie vorantreiben und dabei den leistungstragenden Mittelstand in den Blick nehmen. Mit dem Abbau der kalten Progression und der Einführung der Flexi-Rente haben wir wichtige Pflöcke eingeschlagen. Jetzt muss es darum gehen, dass wir zum Beispiel beim Breitbandausbau, bei Startup-Investitionen sowie bei der Reform der privaten und betrieblichen Altersvorsorge das Tempo erhöhen.

Herzlichst

Ihr Carsten Linnemann

Schnitt: zeitlos.

Kaufmännische Prozesse: up to date.

Mit Software von DATEV.



Für perfekt geschneiderte Kleidung muss man sein Handwerk verstehen. Genau wie für die Unternehmensführung. Ihr Steuerberater und die kaufmännische Software von DATEV sorgen für einfache und zuverlässige Prozesse in Ihrem Unternehmen.

Mehr Infos unter 0800 1001116
oder auf www.datev.de/up-to-date.



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

4 ► INHALT

POLITIK

- 3 **EDITORIAL**
MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann kommentiert den Ausgang der drei Landtagswahlen vom 13. März
- 6 **Aus anderer Sicht**
Hugo Müller-Vogg sieht Deutschland auf dem Weg in eine schwarz-grüne Republik
- 8 **Bargeld abschaffen?**
Nur Bares ist Wahres und macht die Menschen unabhängig
- 9 **Fakten zum Wahlausgang**
- 10 **An Rahmenbedingungen für das Erwirtschaften denken**
Prof. Lars Feld macht sich im Interview unter anderem Sorgen um die richtige Schwerpunktsetzung in der deutschen Wirtschaftspolitik

UNTERNEHMEN

- 12 **Hidden Champions**
Deutsche Mittelständler sind weltweit Spitze
- 10 **Im Land der Brückenbauer**
Unternehmer engagieren sich für Flüchtlinge
- 20 **Die Lebensleistungsrente**
Was spricht dafür, was (und wer) spricht dagegen?
- 22 **Pro & Contra: Mittelstand und Online-Handel**
- 24 **Jubiläum und Stabwechsel bei der DATEV**

WIRTSCHAFT

- 15 **500 Jahre deutsches Reinheitsgebot**
Der deutsche Biermarkt befindet sich im Wandel

SERVICE

- 25 **Aktuelle Urteile**
- 26 **AUTO-Fahrberichte SEAT Ibiza und VW CC**
- 27 **Bücher, für Sie gelesen**

MIT-/ MU-INSIDE

- 28 **MU-Inside**
- 30 **Der Mittelstand und Europa**
- 31 **EU-Check**
- 32 **Neu in der MIT**
- 33 **Neues aus der Bundesgeschäftsstelle**
- 34 **Auf den Punkt gebracht**
Kolumne von Magazin-Chefredakteur Günter F. Kohl
- 34 **Impressum**





Trendfarben

CDU-Stimmen für die AfD



Auf dem Weg in eine schwarz-grüne Republik

Von Hugo Müller-Vogg

Wird der 13. März als Tag tektonischer Verschiebungen in die Parteiengeschichte eingehen? Die Grünen zum ersten Mal stärkste Partei in einem Flächenstaat, die CDU in ihrer einstigen Hochburg Baden-Württemberg gedemütigt, die SPD in zwei Ländern zu schwach, um zusammen mit der CDU wenigstens eine Große Koalition bilden zu können, die AfD auf dem Weg, sich dauerhaft als Partei rechts von der Union zu etablieren. Hat sich an diesem „Super-Sonntag“ etwa das neue deutsche Parteiensystem auf Bundesebene abgezeichnet: Eine Volkspartei mit mehr als 30 Prozent, eine zweite „Volkspartei“ mit gut 20 Prozent und vier weitere Parteien, von denen jede für etwa 10 Prozent gut ist – Grüne, FDP, Linke und AfD?

Ja, so könnte es kommen. Doch vor voreiligen Festlegungen sei gewarnt. Die AfD hatte in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt so großen Zulauf, weil sie als einzige Partei nein sagt zum Willkommenskurs von CDU, SPD, Grünen und Linkspartei in der Flüchtlingspolitik. Da hat sich das Gesetz von Angebot und Nachfrage eindeutig bestätigt: Wenn die etablierten Parteien ein in der Bevölkerung vorhandenes Bedürfnis nicht befriedigen, kommt ein neuer Anbieter auf den Wählermarkt. Ob die neue Konkurrenz sich dann auf Dauer festsetzen kann, ist eine ganz andere Frage.

Jedenfalls ist die Strategie der CDU, den neuen Wettbewerber mehr oder

weniger durch Nichtbeachtung klein zu halten, krachend gescheitert. Nicht aufgegangen ist auch das Kalkül des Konrad-Adenauer-Hauses, bürgerlich-konservative Wähler „müssten“ automatisch ihr Kreuz bei der CDU machen, weil das ja alternativlos sei. Nein, nicht nur die Gegner der völlig offenen Grenzen sind von der CDU zur AfD gewechselt. Auch viele Kritiker von so fragwürdigen großkoalitionären Errungenschaften wie Mindestlohn, Mietpreisbremse oder Frauenquote sind nicht einfach zu Hause geblieben, sondern wieder zur Wahl gegangen – mit den bekannten Folgen. Das kann man drehen und wenden wie man will: Die sozialdemokratisierte, teilweise grün-impregnante CDU hat einen Teil ihrer Stammwähler vergrault. Natürlich kann die CDU versuchen, für bürgerlich-konservative Wähler

wieder attraktiver, wieder wählbar, zu werden. Sollte es der Kanzlerin zudem gelingen, den Zustrom von Flüchtlingen dauerhaft zu reduzieren, könnte der AfD durchaus dasselbe Schicksal drohen wie einst den Republikanern: Weniger Flüchtlinge = weniger Protesten = eine Partei weniger.

So wie es aussieht, scheint Angela Merkel eine andere Strategie zu verfolgen. Die CDU-Vorsitzende stellt angesichts der Schwäche der SPD und der Stärke der AfD die Weichen eher in Richtung Schwarz-Grün. Wie anders wäre zu erklären, dass die Wahlkämpferin Merkel das überschwängliche Kretschmann-Lob und die Huldigungen ihrer grün-roten Fanclubs in Politik und Medien gerne entgegengenommen hat, statt dem Wähler zu sagen, dass dieselben Rot-Grünen im Bundesrat zwei Asylpakete bewusst verzögert und den Zustrom vom Westbalkan länger in Kauf genommen haben als notwendig gewesen wäre. Grün-Schwarz in Baden-Württemberg wäre deshalb aus der Sicht der Bundes-CDU keine Schmach, sondern ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Wähler in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sind nicht repräsentativ für das ganze Bundesgebiet. Rechnet man die Ergebnisse zusammen, ergibt sich folgendes Bild: CDU 28,5 Prozent, Grüne 20,9, SPD 18,7, AfD 15,5, FDP 7,4 und Linke 4,9. Das führte zu einer schwarz-grünen Bundesregierung und auch zu einer anderen Politik – ökologischer, wohlfahrtsstaatlicher und gutmenschlicher. Willkommen in Neuland.



Foto: Chaperon

Dr. Hugo Müller-Vogg, Publizist und Autor zahlreicher Gesprächsbiografien, u. a. mit Angela Merkel und Horst Köhler. Neuestes Buch: „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient“. Häufiger Gast von Talk-Runden. Von 1988 bis 2001 Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. www.hugo-mueller-vogg.de. Auf Twitter folgen: @HugoMuellerVogg

Gesunde Mitarbeiter, gesunde Bilanz. So einfach ist das.

Verantwortung neu denken:
allianz.de/einstellungssache



Eine bKV ist Einstellungssache.

Denn mit der betrieblichen Krankenversicherung der Allianz zeigen Sie, dass Ihnen die Gesundheit Ihrer Mitarbeiter am Herzen liegt.

Gleichzeitig machen Sie Ihr Unternehmen attraktiver für qualifizierte Fachkräfte.

Hoffentlich Allianz versichert.

Allianz 

M. Hendel, Personalleiter
Mercateo AG



Ohne Bargeld kann der Bürger sein erarbeitetes und erspartes Vermögen nicht mehr vor dem Zugriff des Staates schützen

Nur Bares ist Wahres

Interview mit Albrecht Geier zur Diskussion um die Abschaffung des Bargelds

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

Seit dem Ende des Tauschhandels haben wir den Bargeldverkehr. Hat der nun ausgedient?

Albrecht Geier: Die EZB möchte den 500-Euro-Schein abschaffen, und der deutsche Finanzminister möchte eine Barzahlungsobergrenze von 5.000 Euro einführen. Das sind in der Tat rückwärts gerichtete Signale in die Zeit des Tauschhandels. Wer also künftig auf dem freien Krafffahrzeugmarkt ein gebrauchtes Fahrzeug kaufen oder verkaufen möchte, wird schnell an die einengende, zwanghafte und bevormundende, angedachte Barzahlungsobergrenze stoßen.

In den USA gilt jemand, der nur Bargeld mit sich führt und nicht über ein halbes Dutzend Kreditkarten verfügt, als nicht kreditwürdig. Ist das nur eine Mentalitätsfrage?

Geier: Wenn die Kreditwürdigkeit von der Anzahl der Kreditkarten abhängig gemacht wird, dann gute Nacht! Erinnern wir uns daran, dass nach Ausbruch der Finanzkrise in den USA, u. a. mitbedingt durch die hemmungslose private Hausfinanzierung, immer wieder vor den schlummern den Risiken der Kreditkartenverschuldung gewarnt wurde. Bargeld ist erstklassig! Wer bar bezahlt, ist unverdächtig! Gott sei Dank ist auch der Präsident der Deutschen Bundesbank ein Freund des Bargeldes.

Was oder wer steckt hinter den Absichten, Bargeld abzuschaffen?

Geier: Ohne Bargeld kann der Bürger sein erarbeitetes und erspartes Vermögen im Zweifel auch nicht vor dem mittelbaren Zugriff des Staates schützen. Er kann sein Geld nicht mehr von der Bank abheben und zu Hause sicher verwahren. Die hemmungslose Staatsverschuldung, die über eine verantwortungslose Geldschöpfungspolitik der EZB gestützt und aufrechterhalten wird, zeigt anhand der Negativzinsen, wohin die Reise geht. Inzwischen bezahlt bereits der Gesundheitsfonds für die Krankenkassenbeiträge der Versicherten Negativzinsen, somit sind die negativen Zinsen im Alltag eines jeden Bürgers angekommen!

Mit der Barzahlungsobergrenze soll Bargeld zum „Kleingeld“ degradiert werden. Schließlich, so will man dem Bürger weismachen, ist die Obergrenze von 5.000 Euro für die Alltagsbedürfnisse doch schon großzügig bemessen und für die Alltagsbedürfnisse der „Untertanen“ ausreichend.

Warum sollten wir also am Bargeld festhalten?

Geier: Ohne Bargeld sind wir Bürger den negativen Zinsen unentrinnbar ausgeliefert; ohne Bargeld gibt es keinen Datenschutz des Bürgers gegenüber dem Staat; ohne Bargeld gibt es nur noch gläserne Bürger;

ohne Bargeld gibt es keine Zinsbremse für Negativzinsen!

Bargeld ist gewachsenes Vertrauen in die Werthaltigkeit und Stabilität dieses Tauschobjektes. Dieses Vertrauen ist so gewachsen, dass Währungen, mit denen der Welthandel abgewickelt wird, nicht mehr eins zu eins mit Gold hinterlegt sind. Deshalb schwächt schon die Diskussion um eine Barzahlungsobergrenze den Euro als internationale Währung. Wir dürfen nicht vergessen, dass von den 614 Millionen 500-Euro-Scheinen schätzungsweise 20 Prozent nicht im Euroraum gehalten werden. Es ist fatal, über die angekündigte Barzahlungsobergrenze das Vertrauen in das deutsche Bargeld als Wertspeicher zu untergraben. Ich erinnere daran, wie die griechischen Geldautomaten noch vor kurzem dem Bankkunden nur rationierte Mengen an Bargeld ausspuckten. Es kann also gar keine Rede davon sein, dass es sich bei der Diskussion um die Bargeldbegrenzung nur um eine „Nonsensdiskussion“ mit „karnevalistischen Zügen“ handele.

Was denkt der deutsche Mittelstand, was würden Sie tun?

Geier: Die deutsche mittelständische Wirtschaft ist exportorientiert. Export und Import brauchen einen zuverlässigen Euro! Die MIT hat dem Vorhaben zur Einschränkung des Bargeldverkehrs durch eine Barzahlungsobergrenze und die Abschaffung des 500-Euro-Scheins eine klare Absage erteilt. Eine starke Währung braucht auch große Geldscheine; Europa braucht in meinen Augen deshalb den 1.000-Euro-Schein!

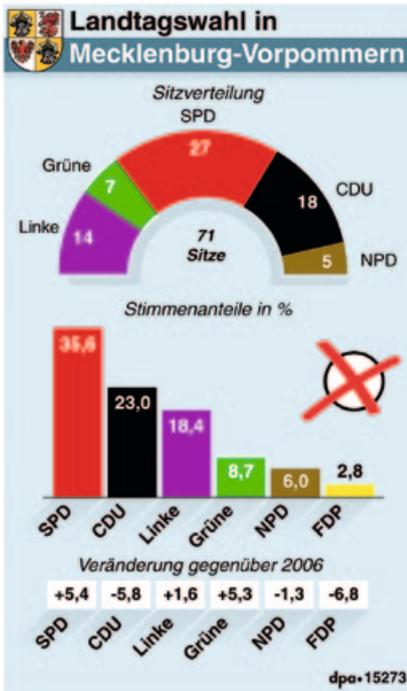


Dr. Albrecht Geier, Rechtsanwalt, Diplom-Volkswirt und Mitglied des Bundesvorstands der MIT

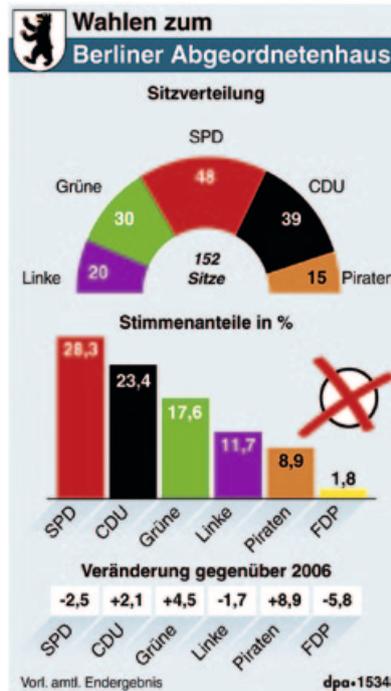
Nach der Wahl ist vor der Wahl

Noch sind die Nachbetrachtungen der drei ersten Wahlen dieses Jahres nicht verklungen, da laufen die Vorbereitungen der beiden nächsten Wahlen an: Mecklenburg-Vorpommern wählt am 4. September einen neuen Landtag und Berlin am 18. September ein neues Abgeordnetenhaus. Beide Bundesländer werden zurzeit von einer rot-schwarzen Koalition regiert (siehe Grafiken).

Mecklenburg-Vorpommern wählt am 4. September



Berlin wählt am 18. September



INSA ist Umfragesieger

Auch wenn die Interpretationen auseinander gehen, wer die Landtagswahlen am 13. März gewonnen hat, einen Sieger gab es unstrittig: MIT-Mitglied Hermann Binkert, Chef des Meinungsforschungsinstituts INSA. Sein Institut lag mit den Prognosen am dichtesten an den tatsächlichen Ergebnissen. Wenn man die Umfrageergebnisse für alle Parteien bei allen Wahlumfragen mit den tatsächlichen Wahlergebnissen in den drei Ländern vergleicht, hatte INSA eine Abweichung von insgesamt 41,1 Punkten. Am zweitbesten war Forsa mit 41,9 Punkten, danach die Forschungsgruppe Wahlen mit 42,3 und Schlusslicht war Infratest Dimap mit 43,7 Punkten.



Industriespionage?
Schützen Sie
Ihre Daten und
Kommunikation
mit den Sicherheits-
lösungen der
Bundesdruckerei.

Besuchen
Sie uns!

Hannover Messe
25.-29. April 2016
Halle 8 | F28

Digital_werden. Sicher_bleiben.

Die Sicherheitslösungen der Bundesdruckerei schützen sensible Daten sowohl innerhalb als auch außerhalb Ihres Unternehmens vor Diebstahl und Manipulation. Damit gewinnen Sie Vertrauen auch bei Ihren Geschäftspartnern.

www.bdr.de/digitalisierung

Interview mit Prof. Dr. Lars Feld

„Wir tendieren dazu, Herausforderungen gleich als Krise anzusehen“



Europa scheint kaum noch Luft zu kriegen: Eine Krise jagt die nächste. Das MittelstandsMagazin sprach mit Prof. Dr. Lars Feld, Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, über Digitalisierung, die Flüchtlingskrise und den deutschen Mittelstand.

Herr Feld, in Deutschland sind so viele Menschen beschäftigt wie noch nie, die Exporte sind auf Rekordhoch. Stellt der aktuelle Flüchtlingszustrom eine Gefahr für unsere Wirtschaft und die öffentlichen Kassen dar?

Lars Feld: Zunächst einmal nicht. Die erforderlichen zusätzlichen Staatsaus-

gaben können Bund, Länder und Gemeinden aufgrund der guten Finanzlage relativ problemlos schultern. Die Puffer in den öffentlichen Haushalten sind groß genug. Herr Schäuble wird nicht nur im laufenden Jahr die schwarze Null schaffen. Er hat auch gute Chancen, dies im Jahr 2017 zu erreichen. Voraussetzung dafür ist seine Standhaftigkeit gegenüber den Begehrlichkeiten seiner Kabinettskollegen. Ich halte nichts davon, in einem neuen Sozialpaket weitere Mittel für den Wohlfahrtsstaat über Deutschland zu gießen. Das gilt für neue rentenpolitische Vorstöße, den sozialen Wohnungsbau oder für eine Prämie für Elektroautos. Ob die deutsche Wirtschaft durch die Flüchtlingskrise letztendlich belastet wird, hängt vor allem

von ihrer erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt ab. Dazu sind nicht nur Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich. Von hoher Bedeutung ist ein Abbau der Eintrittshürden in den Arbeitsmarkt, etwa aufgrund des Mindestlohns.

Seit Jahren beschäftigt uns das Thema Fachkräftemangel. Zu Beginn der Flüchtlingskrise im September 2015 sagten führende Manager deutscher Großkonzerne ein zweites Wirtschaftswunder voraus. Können Flüchtlinge die Fachkräftelücke schließen?

Feld: Eher nicht. Die zu uns kommenden Flüchtlinge und Asylbewerber sind vorwiegend gering qualifiziert. Ihre

Qualifikation wird einige Zeit benötigen. Zudem sind die Effekte der demografischen Entwicklung wirkmächtiger. Aber vielleicht bringen die Flüchtlinge ja Entlastung für das Handwerk.

Der viel zitierte syrische Arzt ist unter den Flüchtlingen eher die Ausnahme. Ist der deutsche Arbeitsmarkt überhaupt in der Lage, so viele Menschen, die überwiegend gering bis gar nicht qualifiziert sind, zu integrieren?

Feld: Natürlich. Der deutsche Arbeitsmarkt war selbst in Zeiten höherer Arbeitslosigkeit aufnahmefähig. Die Beschäftigung ist ja in den vergangenen fünf Dekaden immer weiter nach oben gegangen. Voraussetzung für die Integration in den Arbeitsmarkt ist die Qualifikation der Flüchtlinge. Zudem sollten Hürden für den Einstieg ins Arbeitsleben gesenkt werden. Die frühere Arbeitslosigkeit wurde in Deutschland reduziert, nachdem die Löhne der Geringqualifizierten flexibilisiert waren.

Ungeachtet der Flüchtlingskrise ist die Gefahr eines Staatsbankrotts in Griechenland seit mehr als sechs Jahren nicht gebannt. Besteht Grund zur Hoffnung für ein Ende der Eurokrise?

Feld: Die Bewältigung der Eurokrise wird noch einige Zeit benötigen. Griechenland braucht weiterhin einen langen Atem.

Bankenkrise, Verschuldungskrise, Flüchtlingskrise. Muss sich Europa dauerhaft auf einen Krisenmodus einstellen?

Feld: Wir tendieren dazu, Herausforderungen schon gleich als Krise anzusehen. Die schwerste Krise musste Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg bewältigen, als der Wiederaufbau eines zerstörten und demoralisierten Landes anstand. Die zweite schwere Krise kam im Zuge der Wiedervereinigung auf uns zu. Wir sollten den Blick für die richtigen Rela-

tionen nicht verlieren. Gegen diese beiden Krisen sind die heutigen Probleme Herausforderungen und solche wird es immer wieder geben.

Besonders in Krisenzeiten werden die Rufe nach Regulierung lauter. Wird die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland überhaupt noch praktiziert?

Feld: Soziale Marktwirtschaft wird in Deutschland weiterhin praktiziert, aber die Betonung liegt auf dem Sozialen. Statt eines weiteren sozialstaatlichen Ausbaus wird es Zeit, wieder an die richtigen Rahmenbedingungen für das Erwirtschaften von Einkommen und Gewinnen zu setzen.

Seit 2010 leiten Sie das traditionsreiche Walter-Eucken-Institut in Freiburg, das für einen klaren ordnungspolitischen Kompass steht. Brauchen wir eine Renaissance der Ordnungspolitik?

Feld: Ganz bestimmt. Seit der Finanzkrise nimmt die interventionistische Tätigkeit des Staates zu. Er greift wieder zunehmend direkt ins Marktgeschehen ein und versucht das Marktergebnis durch die administrative Setzung von Preisen vorwegzunehmen. Denken Sie nur an den Mindestlohn oder die Mietpreisbremse. Solche Interventionen ziehen neue Interventionen nach sich. Der Mietpreisbremse folgen Sonderabschreibungen für die Immobilienwirtschaft. Die Interventionsspirale ist angelegt.

Wie kann die Bundesregierung in der heutigen Zeit Ordnungspolitik eigenmächtig umsetzen, wenn Kompetenzen zunehmend nach Brüssel abgegeben werden?

Feld: Einerseits bestimmt die Bundesregierung in Brüssel mit und sie hat eine gewichtige Stimme. Andererseits verbleiben genügend Kompetenzen gerade in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, aber auch der Steuer- und Finanzpoli-

tik auf nationaler Ebene. Die Prioritäten müssen durch die nationale Politik gesetzt werden. Alles andere ist Camouflage der eigentlichen Verantwortlichkeiten.

Schlagworte wie Digitalisierung, Industrie 4.0 und „Internet of Things“ sind zurzeit in aller Munde. Ist der deutsche Mittelstand gut vorbereitet auf den technologischen Wandel?

Feld: Ich fürchte, dass der Mittelstand diese Entwicklung verschläft. In Befragungen gibt immer noch eine Mehrheit der Mittelständler an, mit diesen Begriffen nichts anfangen zu können. Die Firmen im Silicon Valley sind uns meilenweit voraus. Ich hoffe, dass sich dies bald ändert.

Die Fragen stellte Richard Praetorius

Prof. Dr. Lars Feld



Lars P. Feld (*1966) leitet seit September 2010 das traditionsreiche Walter-Eucken-Institut in Freiburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wirtschaftspolitik, Finanzwissenschaft, Neue Politische Ökonomie und Ökonomische Analyse des Rechts. Im März 2011 wurde er auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Fünf Wirtschaftsweisen“) berufen. 2015 nahm Lars Feld stellvertretend für den Sachverständigenrat den Deutschen Mittelstandspreis der MIT in der Kategorie „Gesellschaft“ entgegen.



Deutsche Firmen ganz groß: Aus Deutschland kommen 48 Prozent der mittelständischen Weltmarktführer

Hidden Champions – Avantgarde der Globalisierung

Von Hermann Simon

In 2015 erreichten die deutschen Exporte mit 1196 Milliarden Euro erneut einen Rekordwert. Das waren 6,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Deutschland bestätigte damit seine Position als weltweit zweitgrößter Exporteur hinter China. Nun vermuten viele, dass hinter dieser enormen Leistung vor allem bekannte Großunternehmen wie Siemens, Daimler, BMW oder BASF stehen. In der Tat gilt für die meisten Länder, dass die Exportleistung von der Zahl der Großunternehmen abhängt. Doch in Deutschland ist das anders (siehe Grafik 1).

Es wird deutlich, dass Deutschland völlig von dem für die meisten Länder geltenden Zusammenhang zwischen Großunternehmen und Exporten abweicht. Interessanterweise gilt das auch für China. Was haben diese beiden Länder im Hinblick auf die Exportleistung gemeinsam? Es ist die Rolle mittelständischer Unternehmen. Sowohl in Deutschland als auch in China kommen rund zwei Drittel aller Exporte von mittelständischen Unternehmen. Für eine herausragende Exportperformance reicht es eben nicht aus, zahlreiche Größtunternehmen zu haben, sondern man braucht zusätzlich einen exportstarken Mittelstand.

Deutschland exportiert nicht

Ein weiterer Aspekt ist wichtig. Wieviel exportiert Deutschland eigentlich? Die Antwort ist „nichts“! Nicht die Regierung, nicht das Land, nicht die Bevölkerung exportieren, sondern dies tun ausschließlich Unternehmen. Und nur die besten von diesen, die international konkurrenzfähigen, exportieren. Im Umkehrschluss folgt daraus: Wenn ein Land eine starke Exportposition besitzt, so muss es viele international wettbewerbsfähige Unternehmen haben. Und dies sind eben nicht nur die Großen, sondern viele Mittelständler, unter diesen vor allem die Hidden Champions.

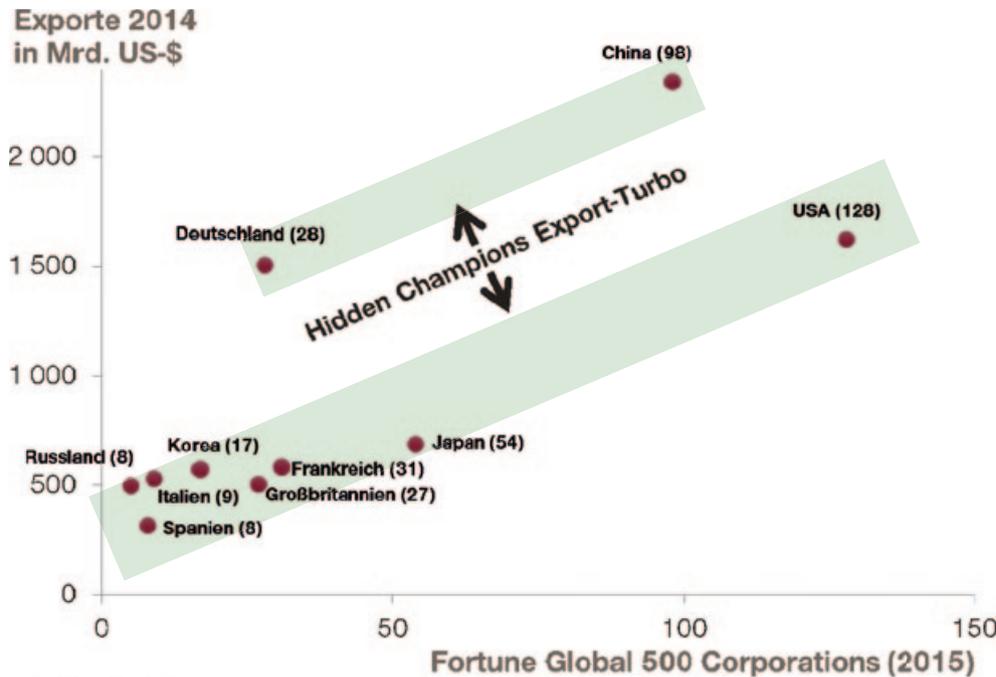


Abbildung 1 zeigt auf der horizontalen Achse die Zahl der „Fortune Global 500“, dies sind die 500 größten Unternehmen der Welt. Auf der vertikalen Achse sind die Exporte abgetragen

Die Obergrenze von fünf Milliarden Euro mag manchem als zu hoch für Mittelständler vorkommen. Doch wir müssen im globalen Kontext ein neues Verständnis von mittelgroß entwickeln. Die kleinste Fortune Global 500 Firma erzielt einen Umsatz von 25 Milliarden Euro. Wir reden hier also von einer Obergrenze, die etwa ein Fünftel davon ausmacht. Im neuen globalen Umfeld Globalia werden die Unternehmen einfach größer. Im Schnitt liegt der Umsatz der Hidden Champions bei etwa 300 Millionen Euro, darunter sind gleichwohl viele Firmen mit zweistelligen oder sogar einstelligen Millionen-Umsätzen. Im Internet-Zeitalter kann man selbst

als kleine Firma global agieren, denn man erreicht seine Kunden überall. Moderne Logistiksysteme ermöglichen zudem die problemlose Lieferung an jeden Ort der Welt.

Der große Unterschied

In keinem Kriterium unterscheidet sich Deutschland so stark vom Rest der Welt wie bei den Hidden Champions. Die Tabelle (Grafik 2) illustriert dies anhand der globalen „Marktanteile“ für unterschiedliche Bereiche.

Mit deutschen Hidden Champions verbinden viele primär Maschinen- und Anlagenbau. Das ist jedoch eine

Fehlwahrnehmung. Viele Hidden Champions sind auf neuen Feldern aktiv. Sie spielen allerdings nicht in den großen Märkten wie Apple oder Google, sondern in weniger auffälligen und dennoch attraktiven Nischen. Beispiele sind:

- ➔ RIB Software: Weltmarktführer bei sogenannter fünfdimensionaler Software für die Planung von Bauprojekten,
- ➔ IP Labs, Weltmarktführer bei Software für digitale Fotobücher,
- ➔ Invers: Nr. 1 in der Welt für Car Sharing-Systeme,
- ➔ Siempelkamp, globaler Marktführer für Druckgefäße, die zur Stilllegung von Kernreaktoren benötigt werden.

Dass die deutschen Hidden Champions bei viel beachteten und hochmodernen Projekten dabei sind, zeigt auch der Fall des Elektroautoherstellers Tesla. Neben großen Firmen wie Bosch, Infineon und Thyssen-Krupp sind nämlich Hidden Champions wie Stabilus (hydraulische Federn), Peiker (Sprachsteuerung), Sinn (Soundsystem), Dräxlmeier (Interieur), Dürr (Lackierroboter) und Eisenmann (Lackierstraße) als Zulieferer bei Tesla an Bord. Der Tesla ist zu nicht unerheblichen Teilen ein deutsches Auto, wie übrigens auch das indische Billigmodell Tata Nano, in dem neun deutsche Zulieferer, darunter fünf Hidden Champions, vertreten sind.

Den Kern und die letztliche Ursache

Was ist ein Hidden Champion?

Ein Unternehmen, das in seinem Markt zu den Top 3 in der Welt gehört oder Nr. 1 auf seinem Kontinent ist, weniger als fünf Milliarden Euro Umsatz macht und im Publikum wenig bekannt ist, wie z. B. diese Unternehmen:



Bereich	Kriterium	Deutscher „Marktanteil“ in der Welt
Hidden Champions	Zahl der Hidden Champions	48,0%
Künstler	Ruhmesbarometer der Top 100	29,0%
Formel 1	Weltmeister	16,1%
Fußball	Weltmeister	15,8%
Wissenschaft	Nobelpreise	12,5%
Universitäten	World University Rankings 2011-2012 (Top 100)	12,0%
Sport	Olympische Goldmedaillen 1896-2012	9,5%
Großunternehmen	Zahl der Fortune 500-Unternehmen 2011	6,4%
Tennis	Weltrangliste Männer	5,5%
Wikipedia	Einträge (1,9 Mio. von 37 Mio.)	4,9%
Gesellschaft	Time: 100 einflussreichste Persönlichk., Welt 2009-2011	3,3%
Bevölkerung	Einwohnerzahl	1,2%
Landfläche	Quadratkilometer	0,2%

Die Unterschiede zwischen Deutschland und dem Rest der Welt

des anhaltenden Erfolges bildet die starke unternehmerische Führung, die sich in ambitionierten Zielen ausdrückt. Das wichtigste Ziel ist dabei die Marktführerschaft. Die Firma RUD, Weltmarktführer bei Industrieketten, beansprucht „die klare Führungsposition in ihren Marktsegmenten“ und ergänzt „wir setzen die neuen technologischen Standards“. Pepperl + Fuchs lässt ebenfalls keinen Zweifel am Marktführeranspruch: „Wir sind der unumstrittene Marktführer für Eigensicherheit und Explosionsschutz. Seit 60 Jahren setzen wir in der Welt die Standards für Qualität und Innovation in der Fabrikautomation.“ Wie diese beiden, durchaus typischen Zitate belegen, bedeutet für die Hidden Champions Marktführerschaft mehr als nur größter Marktanteil. Sie zeigen ihrer Branche im echten Sinne von Führerschaft den Weg in die Zukunft.

Hinzu kommen innere Stärken und Kompetenzen. Dazu gehören Hochleistungsmitarbeiter, Innovation und Tiefe. Die Hidden Champions investieren 50 Prozent mehr in berufliche Bildung als der deutsche Durchschnitt. Zudem haben sie den Anteil der Mit-

arbeiter im letzten Jahrzehnt von acht auf 20 Prozent mehr als verdoppelt. Der globale Wettbewerb wird zunehmend über Qualifikation und weniger über reine Kostenminimierung getragen. Eine Besonderheit ist auch die extrem niedrige Fluktuationsrate der Hidden Champions. Sie liegt mit 2,7 Prozent pro Jahr weit unter dem Bundeschnitt von 7,3 Prozent.

Innovation bildet eine der herausragenden Stärken der Hidden Cham-



Prof. Dr. Hermann Simon ist Aufsichtsratsvorsitzender der von ihm mitgegründeten Beratungsgesellschaft Simon-Kucher & Partners und Autor der in 26 Sprachen übersetzten Hidden-Champions-Bücher

pions. Pro Mitarbeiter melden sie fünfmal so viele Patente an wie Großunternehmen. Und ein Patent kostet dabei nur ein Fünftel dessen, was große Firmen aufwenden. Tiefe umfasst Know-how und Fertigung. Hidden Champions outsourcen keine Kernkompetenzen. Ihre Fertigungstiefe ist sehr hoch.

Bleiben die Kriterien Markt und Wettbewerb. Fokus ist Voraussetzung für Weltklasse. Die Hidden Champions sind konsequent auf

ihre Märkte und Kompetenzen fokussiert. Aber Fokus macht einen Markt klein. Wie macht man ihn dennoch groß? Durch Globalisierung! Die Hidden Champions gehen diesen Weg mit großer Ausdauer. Sie tun dies nicht durch Zwischenhändler, sondern mit eigenen Tochtergesellschaften. Auf diese Weise bewahren sie auch im Ausland eine hohe Kundennähe, ihre größte Stärke überhaupt – und generell eine Stärke des Mittelstandes. So schaffen sie Wettbewerbsvorteile nicht nur in der Produktqualität, sondern auch im Service, in der Beratung und in der Lieferpolitik.

Die Hidden Champions weisen den Weg nach Globalia. Sie sind für Mittelständler, die diesen Weg noch nicht eingeschlagen haben, Vorbilder für Führung und Strategie in der globalisierten Welt der Zukunft. In dieser Hinsicht gibt es im Mittelstand nach wie vor große unausgeschöpfte Potenziale.



Foto: Fotolia

Nach dem Deutschen Reinheitsgebot von 1516 gehören zur Bierherstellung Wasser, Malz, Hopfen und Hefe

500 Jahre Deutsches Reinheitsgebot

„Und dann was mit Karamell-Aroma...“

Von Sidney Pfannstiel

In der Rangliste der größten europäischen Bierhersteller steht Deutschland unangefochten auf dem Spitzenplatz. Während der Bierumsatz in Deutschland jedes Jahr um ca. ein Prozent sinkt, ist in den letzten zehn Jahren die Zahl der deutschen Braustätten trotzdem um mehr als 100 Betriebe auf 1388 Brauereien gestiegen. Vor allem die konzernunabhängigen Mikrobrauereien erleben dabei eine Wieder-

entdeckung. Dort wird gebraut, was der Bottich hält, ausgerechnet im fünfhundertsten Jahr des Bestehens des Reinheitsgebots auch mit allerlei exotischem Inhalt.

Das Reinheitsgebot beim Bier war keine deutsche Erfindung, sondern eine bayerische: Am 23. April 1516, also vor 500 Jahren, wurde es in Ingolstadt von Herzog Wilhelm IV. und seinem Bruder, Herzog Ludwig X., per Landesordnung erlassen. Galt das Reinheitsgebot zunächst

nur für Bayern, wurde es in der Folge von mehr und mehr Fürsten- und Herzogtümern übernommen. Aber erst seit 1906 ist es geltendes Recht in ganz Deutschland.

Soviel zur Geschichte, die Gegenwart ist. Doch Bier ist nicht gleich Bier. Selbst in Deutschland nicht, wo die etablierten Familien- oder Konzernbrauereien wie auch die kleinen Handwerksbrauer, vor allem aber der Deutsche Brauer-Bund, das Reinheitsgebot in Ehren halten.

Dabei ist man in Deutschlands Brauereien zwischen Malz-Silo und Schrotmühle längst auf den Geschmack gekommen. Als würde den Konsumenten das ohnehin schon große Angebot der weltweit erfolgreichsten Biersorten hierzulande nicht reichen, schießen gerade sogenannte Craft-Beer-Brauereien wie Pilze aus dem Boden. Hauptstadt der Bewegung: Berlin, vielleicht auch, weil sie nur eine überschaubare Bierkultur pflegt.

Mitten in Berlin-Neukölln wird beispielsweise das „Rollberger“ gebraut, das in seiner hellen Variante wegen der geschmacklichen Leichtigkeit an ein mittelherbes Kölsch erinnert. Die Brauerei „Hops & Barley“ im Berliner Szenebezirk Friedrichshain bietet vom untergärigen Pilsener mit Hopfen aus der Bodenseeregion bis zu Spezialbieren, etwa mit Karamell-Aromen, einiges an. Oder das Brauhaus „Vagabund“, das von drei US-Amerikanern im Berliner Wedding gegründet wurde. Dort findet man im Läuterbottich, was anderswo in der Suppe landet: Koriandersamen und Szechuanpfeffer zum Beispiel. Die Biere, die dann Namenszusätze wie „Single Malt“ oder „Single Hop“ erhalten, versprechen spannende Geschmackserlebnisse: Von fruchtig-



Der Schankraum des „Berliner Berg“ - Brauereiausgang in Berlin-Neukölln (nach der Renovierung)

blumig und irgendwie nach Zitrone bis zu herben Kräuter- oder Pinienholznoten. Wir sprechen noch immer von Bier, made in Germany.

Das Craft Beer, was übersetzt in etwa „handwerklich gebrautes Bier“ bedeutet, hat seinen Namens-Ursprung in den USA zu Zeiten der Prohibition. Damals waren Herstellung und Transport von Alkohol gesetzlich verboten.

Unzählige Brauereien starben weg. 1978 schließlich unterzeichnete US-Präsident Jimmy Carter ein Gesetz, das erstmals „Homebrewing“ erlaubte, sinngemäß übersetzt mit „Brauen zu Hause“. In den letzten 40 Jahren entwickelte sich daraus eine Brauerszene, die die Biervielfalt der USA immens bereicherte – und zunehmend auch im Heimatland des Reinheitsgebots. Craft-Beer-Betriebe und -Restaurants



Der Bierkonsum in Deutschland ist seit Jahren rückläufig

sind anders als etablierte Brauhäuser Orte, an denen sich Leute treffen, die nicht einfach nur Bier trinken, sondern darüber reden, als wäre es ein guter Wein oder ein alter Whiskey. Nicht selten werden „Beer Tasting“-Seminare angeboten. Weil das Bier in kleineren Mengen produziert wird und individuelle Geschmäcker bedient, verstehen sich Craft-Beer-Brauer als Kreative, die mit Rezepturen experimentieren, die weit über die Unterscheidung Pils oder Weizen hinausgehen.

„Bei einem Bier muss ich noch den Hopfen riechen, das Malz richtig herausschmecken können“, sagt Finn Hänsel (33), ein umtriebiger Manager aus der Startup-Szene und Mitglied der MIT. Gemeinsam mit zwei Freunden hat er in Berlin-Neukölln eine alte Eckkneipe übernommen und vollständig renoviert. Im Hinterhof brauen sie jetzt ihr eigenes Bier – „Berliner Berg“. Inzwischen umfasst das Kern-Sortiment drei Sorten, die sie in Flaschen und Fässern abfüllen lassen: „Alles, wofür Berliner Berg steht, spiegelt sich in diesen Bieren wider“, sagt Hänsel. Im „Lager“ wäre es ihre Liebe zur deutschen Brautradition, im „Pale Ale“ die Zuneigung zur amerikanischen Craft-Beer-Bewegung und in der „Berliner Weiße“ laut Hänsel „einfach unsere Liebe zu Berlin“. Alle drei Biere gibt es im Ausschankbetrieb oder auch für die interessierte Gastronomie.



Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Brauer-Bundes, Holger Eichele



Wiederbelebt: Die Berliner Weiße wird in Berlin wieder händisch zubereitet

Neben dem Kern-Sortiment setzen die Herren von „Berliner Berg“ einen Fokus auf saisonale Spezialitäten, die regelmäßig in der Hausbrauerei gebraut werden, und die durch ihre besondere Namensgebung herausstechen. Hierzu zählen das Saisonbier „Stadttaffe“, der „Schwarzfahrer“, das „Razacca“, das „Summer Pale“ und zuletzt die „Hopfenfalle“. Der Phantasie ihres Braumeisters, so die Überlieferung, seien keine Grenzen gesetzt.

Der Brauer-Bund verweist darauf, dass die amerikanische Definition von „Craft Beer“ für den deutschen Biermarkt nicht gelten könne. „Wenn Sie so wollen, haben wir ‚handwerkliches Bier‘ in Deutschland schon seit über tausend Jahren“, sagt Hauptgeschäftsführer Holger Eichele. Mit mehr als 5500 verschiedenen Biermarken aus über 1380 Brauereien zeichnet sich Deutschland, anders als die USA, seit jeher durch eine immense Biervielfalt aus. „Auch deshalb wird Craft Beer in Deutschland anders definiert“, sagt Eichele. „Es steht für meist hopfen- oder malzbetonte, aromaintensive, individuelle Biere, die oft von Experimentierfreude und Regionalität geprägt sind.“

Und, nein: Craft Beer und Reinheitsgebot müssen nicht zwingend im Wi-

derspruch zueinander stehen. „Das Gegenteil ist der Fall“, sagt Eichele. „So wie sich die ersten Craft-Brauer in den USA an den natürlichen Rohstoffen des Reinheitsgebotes orientiert haben, wird auch heute noch der allergrößte Teil der Craft-Biere allein mit Wasser, Malz, Hopfen und Hefe gebraut.“ Rund 170 verschiedene Hopfensorten, 40 verschiedene Malzsorten und knapp 200 unterschiedliche Hefestämme, dazu die Wahl des eingesetzten Wassers und die Besonderheiten der Brauverfahren (etwa von der ‚Kalthopfung‘ oder dem Verzicht auf Filtration) ließen „mehr als eine Million verschiedene Möglichkeiten“ zu, Craft Beer nach dem Reinheitsgebot zu brauen.



Finn Hänsel, Geschäftsführer bei Berliner Berg

PROTOKOLL

der konstituierenden Sitzung des Bundesarbeitskreises
"Mittelstand" der CDU am 27. April 1956 in Ratskeller
in Stuttgart

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 20.35 Uhr

Leitung: Kaufmann Heinz Schmitz-Köln

Teilnehmer: Siehe Anwesenheitsliste

Anlässlich des 6. Bundesparteitages der CDU versammelten
sich am Freitag, den 27. April 1956 in Ratskeller in Stuttgart
auf Einladung einer persönlichen Ankündigung Delegierte aus den
Gewerkschaften, Kaufleuten, freien Berufen, um Organis-

60 Jahre

... und kein bisschen leise

Was auf Initiative von Bundeskanzler Konrad Adenauer als parlamentarischer Diskussionskreis begann, ist bis heute die bedeutendste Interessenvertretung für die mittelständische Wirtschaft innerhalb und außerhalb der Parlamente: Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT). Am 27. April wird die MIT 60.

Kalt und verregnet ist der April des Jahres 1956, mit 102 Millimetern Niederschlag wird das langjährige Mittel von 41 Millimetern mehr als deutlich übertroffen. So ist es den Herren, die sich da am frühen Abend des 27. April vor 60 Jahren nach einem langen CDU-Bundesparteitag im „Ratskeller“ am Marktplatz in Stuttgart treffen, nicht sonderlich unangenehm, dass sie länger zusammensitzen als geplant. Es ist ihnen recht, denn sie haben Großes im Sinn: Kanzler Adenauer hat die Devise ausgegeben, sich „intensiv und gezielt um die Bewältigung der mittelstandspolitischen Fragen“ zu kümmern. Unter der Leitung des Ingenieurs Richard Stücklen (für die CSU) und des Druckereibesitzers und Christdemokraten Kurt Schmücker entsteht

so der „Diskussionskreis Mittelstand“. Was zwanglos beginnt, wird schnell „zu einer respektierten Institution der Fraktion“, wie der langjährige MIT-Hauptgeschäftsführer Peter Spary in seinen Erinnerungen bemerkt.

Es bilden sich Gremien, parallel Ausschüsse. Der Kölner Kaufmann Heinz Schmitz wird erster Vorsitzender des Mittelstandsausschusses der CDU im Rheinland, während in Westfalen-Lippe sich zeitgleich ein Handwerksbeirat



Kurt Schmücker, erster Vorsitzender des „Diskussionskreises Mittelstand“, Vorläufer der MIT

← „Protokoll_MIT-Gründung“: Gründungsurkunde des Bundesarbeitskreises Mittelstand, Vorgängerorganisation der MIT, vom 27. April 1956

konstituiert, aus dem später ein weiterer Mittelstandsausschuss hervorgeht.

Zurück nach Stuttgart, in das Jahr 1956. Am zweiten Tag der CDU-Gremiensitzung einigen sich die Delegierten auf eine Änderung der Parteiensatzung. Aus dem Bundesarbeitskreis Mittelstand wird eine eigenständige Vereinigung. Etwa 14 Jahre später, 1969 in Dortmund, wird dann erstmals die „Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU“ in ihrer Satzung verankert. Wenige Monate danach werden eigene Räumlichkeiten in der Heuß-Allee 40 in Bonn bezogen. „Die damalige Bedeutung der Macht der Vereinigung“, konstatiert Spary, „mag auch daran gemessen werden, dass ihr Vorsitzender Kurt Schmücker mit nur 43 Jahren als Nachfolger von Ludwig Erhard zum Bundesminister für Wirtschaft bestellt wurde.“

Rund vier Jahrzehnte nach ihrer Gründung steht die Vereinigung in den 1990er-Jahren am Beginn einer neuen Ära: Auf Beschluss der 39. Bundesdelegiertenversammlung vom 1. April 1995 fusionieren die Mittelstands- und die Wirtschaftsvereinigung zur Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU.

Fortan übernimmt die MIT eine Rolle, um die sie in der Unions-Familie nur wenige beneiden: Sie ist Stachel im Fleisch zweier Parteien, die mitunter an ihre mittelständische Wirtschaftskompetenz erinnert werden müssen. Adenauer sagte einst: „Politische Erfolge können im Bewusstsein eines Volkes verblassen. Was aber bleibt und weiter wirkt, ist die Kraft und Geschlossenheit einer Haltung, hinter der eine Idee steht.“ Daran fehlt es der MIT beileibe nicht, damals wie heute.



Begeisterte Kinder der KITA Bullerbü in Essen

Im Land der Brückenbauer

Viele tausend Flüchtlinge müssen für die Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland integriert werden. Die Wirtschaft macht vor, wie das gehen kann. Initiativen wie „Wir zusammen“ oder der Verein „Team Charity Deutschland“ haben sich zur Aufgabe gemacht, Gutes mit Gutem zu verbinden.

Sie kommen von weit her, tragen nur ein paar Habseligkeiten bei sich, vielleicht noch ein Smartphone. Mehr besitzen sie nicht mehr. Kriegerische Auseinandersetzungen und Terror in ihrer Heimat haben ihnen alles genommen – das Zuhause, die Gegenwart, vor allem aber die Zukunft. Deutschland nimmt sie auf. Bürgerinitiativen gründen sich, kleine und große Vereine. Viel ehrenamtliches Engagement begegnet ihnen in diesem christlich geprägten Land. Und auch große Initiativen wollen bei der Bewältigung dieser Mammutaufgabe helfen.

Die Wünsche der Neuankömmlinge klingen banal. Ein „Dach überm Kopf“, heißt es. Ein irgendwie geregeltes Leben, Integration. Vielleicht ein Arbeitsplatz. „Einer der wichtigsten Schritte der Eingliederung der zu uns geflüchteten Menschen ist die Integration in den Arbeitsmarkt. Mit unserer Jobbörse wollen wir geflüchtete Menschen mit Unternehmen zusammenbringen, die Arbeitskräfte suchen“, sagt Ekkehard Streltzi, Eigentümer des Estrel

Hotels in Berlin. Am 29. Februar hatte das Hotel eine Jobbörse für geflüchtete Menschen initiiert, im Schulterschluss mit der Berliner Wirtschaft. Flüchtlinge wurden mit Arbeitgebern und Bildungsträgern aus Berlin und Brandenburg zusammengebracht. Mit etwa 4100 angemeldeten Teilnehmern, vorwiegend aus Syrien stammend, und rund 211 Ausstellern war die Jobbörse im Estrel ausgebucht. Insgesamt wurden etwa 1000 Stellen in unterschiedlichsten Branchen angeboten. So geht Integration.

Der Unternehmer Ralph Dommermuth aus dem pfälzischen Montabaur gilt als der deutsche „Mr. Internet“. Der Vorstandschef der United Internet AG mit Marken wie Iund1, GMX und Web.de, startete mit seiner Frau Judith die Integrations-Initiative „Wir zusammen“. Etwa 35 namhafte deutsche Unternehmen hat er bisher unter diesem Dach zusammenbringen können. Darunter auch das Estrel Hotel in Berlin. Mit doppelseitigen Werbeanzeigen fragen sie fast schon provokant: „Wer, wenn nicht das Land der Ingenieure, kann Flüchtlingen eine Brücke bauen?“. Die Thyssen-Krupp AG ist auch dabei. Deren CEO, Dr. Heinrich Hiesinger, ist sich sicher: „Arbeit ist ein entscheidender Motor für Integration. Deutschland hat mit dieser Formel bereits in der Vergangenheit Millionen von Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft erfolgreich integriert.“

Einen anderen Ansatz verfolgt Team Charity Deutschland um Vorstand und MIT-Mitglied Thomas Maier: „Mit unserer Idee kommen zwei Dinge zusammen, die sonst in der Regel nicht allzu viel miteinander zu tun haben“, sagt er, „nämlich unternehmerische Effizienz und Gemeinnützigkeit.“ Maier sucht nach hilfsbereiten Unternehmern, die gemeinnützige Vorhaben unterstützen und damit ihr Mitarbeiterteam stärken wollen. Dabei unterstützen die Unternehmen die Projekte sowohl mit Geldspenden, als auch mit der Bereitschaft, die Umsetzung des Projektes selbst vorzunehmen.

Maier führt das wachsende Interesse der Unternehmen an gemeinnützigen Aufgaben auf eine veränderte Leitkultur in deutschen Führungsetagen zurück: „Junge Nachwuchskräfte wollen eine tiefer gehende Identität mit dem Unternehmen, für das sie arbeiten, wollen einen weiterführenden Sinn in ihrer Tätigkeit erkennen“, sagt er. Da könne eine solche, besondere systemische Team-Building-Maßnahme ungeahntes Potenzial freisetzen. Vereinsgeschäftsführerin Mirjam Olsson weiß aus der Vielzahl der bisher organisierten Events zu berichten, dass Manager, die in eine gemeinnützige Organisation gehen und dort ein ganz konkretes Projekt umsetzen, „schon mal an ihre Grenzen stoßen oder eben darüber hinausgehen müssen.“

Für eine weitere Vertiefung des Gedankens „Tue Gutes und rede darüber“ steht auch im Team Charity Deutschland das Social-Media-Networking im Vordergrund. Der gesamte Einsatz eines Unternehmens wird von einem Medienteam filmisch dokumentiert, aus dem Material ein ansehnlicher Kurzfilm zusammengeschnitten. So wird Gutes sichtbar.

Sidney Pffanstiel

Webtipp:

[www.wir-zusammen.de/
aktiv-werden](http://www.wir-zusammen.de/aktiv-werden)
www.team-charity.de



Foto: S. Hofschäeger / pixelio.de

Junge und nachfolgende Generationen wären die Verlierer der Lebensleistungsrente

Die Lebensleistungsrente

Sie können es nicht lassen: Pünktlich zu den vorangegangenen Landtagswahlen hat die SPD-Spitze einen offenen Punkt im Koalitionsvertrag wiederentdeckt: die „solidarische Lebensleistungsrente“. Nach der Rente mit 63 und der Mütterrente fordern die Sozialdemokraten nun das nächste teure Rentenpaket. Was sieht diese Mindestrente vor – und was kostet sie?

HINTERGRUND

Politischer Kontext

Die „solidarische Lebensleistungs-

rente“ ist im **Koalitionsvertrag** zwischen CDU, CSU und SPD vereinbart. Darin heißt es: „Wir wollen, dass sich Lebensleistung und langjährige Beitragszahlung in der Sozialversicherung auszahlen. Wir werden daher eine solidarische Lebensleistungsrente einführen. Die Einführung wird voraussichtlich bis 2017 erfolgen.“ Die Erinnerung daran erfolgte fast zeitgleich zur Forderung von SPD-Chef Sigmar Gabriel nach einem milliardenschweren Integrationspaket. Zugleich ließ die SPD durchblicken, höhere Renten zum großen Thema der Bundestagswahl 2017 zu machen.

Die Forderung

„Wer langjährig in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert war, Beiträge gezahlt hat (40 Jahre) und dennoch im Alter weniger als 30 Rentenentgeltpunkte Alterseinkommen (Einkommensprüfung) erreicht, soll durch eine Aufwertung der erworbenen Rentenentgeltpunkte bessergestellt werden.“ Vgl. Koalitionsvertrag, S. 52. Im Klartext: Wer 40 Jahre gearbeitet hat, soll eine Mindestrente von rund 700 (Ost) bis 760 (West) Euro netto beziehen. Wer weniger Rente bekommt, erhält Zuschüsse aus Steuermitteln. Bis 2023 sollen sogar 35 Beitragsjahre reichen. Bis zu fünf Jahre Arbeitslosigkeit werden wie Beitragsjahre behandelt. Nach 2023 soll eine zusätzliche Altersvorsorge zur Zugangsvoraussetzung werden.

Wer soll profitieren?

Die Mindestrente soll vor allem **Geringverdienern** und Menschen, die Angehörige gepflegt oder Kinder erzogen haben, zugutekommen. Im Grunde also jenen, die lange für wenig Lohn gearbeitet haben und davon nur schwer leben können – im Prinzip also eine gute Idee.

Wer soll das bezahlen?

Die Finanzierung soll aus **Steuermitteln** erfolgen, unter anderem durch erhoffte Minderausgaben bei der Grundsicherung im Alter. Das lässt viel Interpretationsspielraum und dürfte wohl kaum kostendeckend sein. Die Stiftung Marktwirtschaft schätzt das langfristige Gesamtfinanzierungsvolumen auf etwa **70 Milliarden Euro**. Die Lasten dafür tragen zu einem kleinen Teil Bestandsrentner, aber vor allem nachfolgende Beitragszahler.

Wer ist dafür, wer dagegen?

Größter Befürworter des Modells ist die SPD. Kritik kommt naturgemäß von der Opposition. Die Grünen kritisieren die hohen Kosten, für die Lin-

ken geht der Entwurf nicht weit genug. Die Union ist gespalten. Während Fraktionschef Volker Kauder dem Koalitionspartner früh Entgegenkommen signalisiert hat, waren die Reaktionen innerhalb seiner Fraktion skeptisch (Arbeitnehmergruppe) bis ablehnend (MIT).

Trivia

Der Begriff „Lebensleistungsrente“ war in der engeren Auswahl zum „Unwort des Jahres 2012“. Die Jury rügte, mit dem „komplexen Wort wird der Bedeutungsgehalt des Wortes ‚Lebensleistung‘ ausgenutzt, um eine für den Einzelnen marginale staatliche Leistung als Maßnahme gegen Altersarmut zu verkaufen.“ Dies bezog sich jedoch auf ein Konzept der damaligen Arbeitsministerin Ursula von der Leyen, das sie während der schwarz-gelben Koalition 2009-2013 jedoch nicht durchsetzen konnte.

BEWERTUNG

Ungerechte Verteilung

Der aktuelle Alterssicherungsbericht zeigt, dass ein geringer Rentenanspruch nicht per se mit einem

geringen Haushaltseinkommen gleichzusetzen ist. Das Gegenteil ist der Fall: Rentenansprüche unter 500 Euro machen gerade einmal zwischen zehn und 30 Prozent des Einkommens aus. Eine pauschale Aufstockung würde sogar genau die **falsche Zielgruppe** begünstigen: nämlich vor allem jene, die zwar selbst nicht viel verdienen, aber über zusätzliche Finanzierungsquellen verfügen wie einen parallelen Pensions- oder Betriebsrentenanspruch, eine gute Versorgung über den Ehepartner oder eine private Vorsorge. Weil die Renten weniger und die Beitragssätze stärker steigen werden, führt das Vorhaben automatisch zu einer Umverteilung von unten nach oben. „Geringe Rentenansprüche“ sind deshalb kein geeignetes Kriterium für Bedürftigkeit.

Systembruch

Im Gegensatz zur Grundsicherung im Alter kennt das System der gesetzlichen Rentenversicherung keine **Bedürftigkeitsprüfung**. Eine solche Überprüfung zusätzlicher Einkommensquellen oder Vermögenswerte ist aber ungemein wichtig, um Altersarmut zielgenau zu bekämpfen. Deut-

lich wird das Problem beim Blick auf die Wohnkosten in Deutschland, die je nach Wohnort enorm schwanken. Da sich die Lebensleistungsrente nicht an der tatsächlichen Bedürftigkeit orientiert, verletzt sie das verfassungsrechtliche Leistungsprinzip der Rente. Diese beiden Systeme – Grundsicherung und Rente – dürfen ordnungspolitisch nicht durcheinandergeworfen werden.

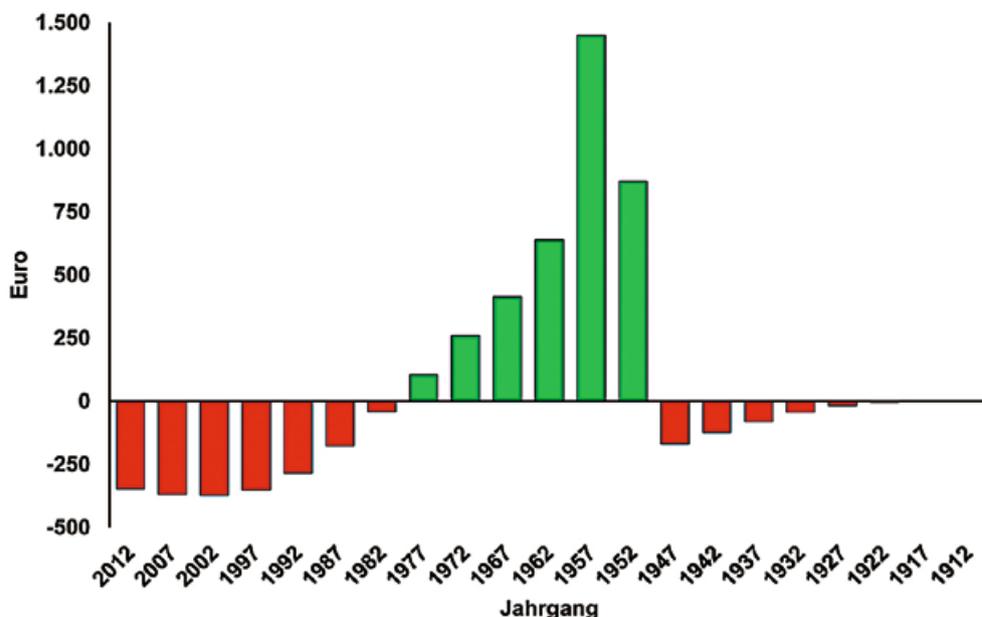
Ziele werden verfehlt

Die Lebensleistungsrente löst das Problem der Altersarmut nicht. Denn die allermeisten Betroffenen blicken auf **unstete Erwerbsbiografien** zurück, haben kaum oder gar nicht in die Rentenversicherung eingezahlt. Eine Höherwertung von Ansprüchen trifft damit auch unter diesem Gesichtspunkt nicht die sozialpolitisch relevante Zielgruppe.

Die Alternative

Leider scheuen noch immer viele Bedürftige den Gang zum Sozialamt – gerade diejenigen, die ein Leben lang fleißig waren, deren Rente aber trotzdem sehr gering ausfällt. Um diesem Stigmatisierungseffekt entgegenzuwirken, müssen die Sozialämter zu neuen **„kommunalen Rentenstellen“** umgewandelt werden. Indem die Sozialämter in Bürogemeinschaft mit Rentenberatern der Deutschen Rentenversicherung zusammenarbeiten, erhält der Bürger Zugang zu allen relevanten Ansprechpartnern. So wird dieses kommunale Büro als eine Art „Deutsche Alterssicherung“ wieder zur ersten Anlaufstelle vor Ort. Durch dieses System könnte die kommunale Infrastruktur und Expertise vor Ort erhalten bleiben und dennoch als Teil des Rentensystems wahrgenommen werden.

Quelle: Stiftung Marktwirtschaft



Die finanziellen Verteilungseffekte der „solidarischen Lebensleistungsrente“ – Gewinner wären erneut die Babyboomer

PRO: Mittelstand prägt Stadtbild

Der Onlinehandel gefährdet den deutschen Mittelstand. Fakt ist: Während die kleinen Fachhändler in deutschen Innenstädten weniger werden, steigt die Zahl der Online-Händler weiter an. Nach Angaben des Instituts für Handelsforschung wächst der deutsche Einzelhandel insgesamt nur marginal, der Onlinehandel hingegen legt kontinuierlich zu.

Die Entwicklung des auf der einen Seite stagnierenden Gesamthandels und des auf der anderen Seite boomenden Onlinehandels lässt den E-Commerce weitere Umsatzanteile der anderen Bereiche übernehmen. Das ist auch an den Zahlen der letzten Jahre erkennbar. Der Umsatzanteil des Onlinehandels am gesamten Einzelhandelsumsatz lag 2014 bei neun Prozent, Tendenz steigend. Der Umsatzanteil des stationären Einzel-



Dr. Matthias Heider ist seit 2009 Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Der promovierte Jurist ist Mitglied des MIT-Bundesvorstands und Bezirksvorsitzender der MIT Südwestfalen. Heider ist Vorsitzender der Bundeskommission Wirtschaft. Seit 2014 ist er Mitglied des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

handels lag nur noch bei 89 Prozent, während er im Jahr 2008 noch 93 Prozent betrug. Zurecht wird daher von einer „Kannibalisierung im Handel“ gesprochen. Insbesondere kleinstbetriebliche Fachhändler leiden unter dieser Entwicklung. Sie gehören mit einer negativen Wachstumsrate im Zeitraum 2008 bis 2014 von minus 3,3 Prozent pro Jahr zu den Verlierern der Digitalisierung des Handels.

Doch gerade diese mittelständischen Händler sind es, die unsere Stadtbilder prägen. Wie würden unsere Innenstädte aussehen, wenn es diese Geschäfte nicht mehr gäbe? Sie wären wie ausgestorben und damit für die Bürger unattraktiv. Auch die weiteren Vorteile des stationären Handels wie eine schnelle Produktverfügbarkeit und die Möglichkeit, Produkte vor Ort anschauen zu können, würden wegfallen.

Unser Ziel muss es sein, vergleichbare Wettbewerbsbedingungen für den Online- und den stationären Handel zu schaffen. Dabei sollten wir u.a. über folgende Aspekte nachdenken:

- Förderung von Einzelhandels-, City-Marketing- und Mobilitätskonzepten
- Erleichterungen im Bauplanungsrecht
- Ausbau der Breitbandverbindungen
- Finanzierungshilfe für Unternehmen im Bereich der Digitalisierung
- Überprüfung der europäischen Wettbewerbsvorschriften
- Vereinheitlichung des EU-Kaufrechts.

Wir müssen den Handel bei diesem Strukturwandel unterstützen.



Gefährdet der den deutschen

Seit vielen Jahren trotz der Online-Handel dem stationären Einzelhandel stetig weitere Anteile am Umsatz ab. Während neue Geschäftsfelder entstehen, brechen gleichzeitig alte zusammen. Die Digitalisierung verändert nicht nur das Kaufverhalten der Bürger, sondern revolutioniert den Handel insgesamt.

IHRE MEINUNG ZÄHLT

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie darüber abstimmen, ob Deutschland das Schengen-Abkommen aussetzen sollte, um sei-



(Foto: Fotolia)

Onlinehandel im Mittelstand?

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern der Online-Handel eine Gefahr für den deutschen Mittelstand darstellt. In einem Pro & Contra will das MittelstandsMagazin beiden Positionen Platz einräumen. Die Beiträge geben die persönliche Meinung der Autoren wieder.

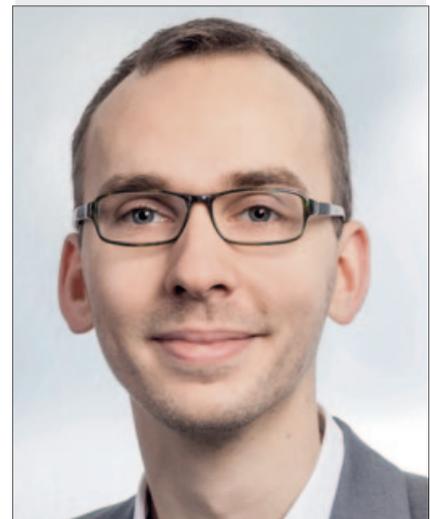
ne Außengrenzen zu sichern. Über das Endergebnis der Umfrage informieren wir Sie im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

CONTRA: Das Internet als Chance

Keine Frage: Das Internet hat den Handel in den vergangenen Jahren ordentlich aufgemischt. Nicht nur der kleine Buchladen an der Ecke hat Kundschaft ans Netz verloren. Auch der regionale Weinhändler oder das Möbelhaus mit angeschlossener Tischlerei bekommen die Konkurrenz zu spüren – also mittelständische Unternehmen, die sich bisher „sicher“ wähnten, weil man dachte, bestimmte Produkte oder Leistungen könne das Internet nicht bieten. Nun zeigt sich: Das Internet kann teilweise günstiger und für den Kunden oft praktischer sein als der stationäre Handel. Angesichts dieser Einsicht kann man sich schon mal um den Mittelstand – immerhin das Rückgrat der deutschen Wirtschaft – sorgen. Oder man betrachtet das Ganze nüchtern und vielleicht sogar positiv.

Die Digitalisierung ist für den Mittelstand eine Herausforderung, bietet aber auch viele Chancen, wenn man bereit ist, diese zu ergreifen. Gefährdet sind vor allem diejenigen, die sich an überkommene Konzepte klammern und hoffen, dass dieser Sturm namens Internet/E-Commerce schon vorübergehen werde. Gewinnen werden die, die sich auf Neues einlassen. Niemand hindert den Weinhändler daran, seine Produkte ergänzend über einen Online-Shop bundes- oder sogar weltweit zu vertreiben und vielleicht sogar eine App mit Hintergrundinfos zu Rebsorten und Rezeptvorschlägen anzubieten. Der mittelständische Küchenhändler kann sein Ladenkonzept digital erweitern, damit der Kunde seine neue Küche vor Ort gleich am Tablet planen kann. Und das sind nur einige Beispiele.

Im Fachjargon heißt diese Verknüpfung von analog und digital „Cross-Channel-Commerce“. Einfach ausgedrückt geht es darum, dem Kunden das Beste „aus beiden Welten“ zu bieten und zwar möglichst nahtlos. Dafür braucht es nicht immer gleich riesiger Investitionen. Gefragt sind vor allem Kreativität und der Mut, Neues auszuprobieren – und im Zweifel auch wieder zu verwerfen zugunsten einer besseren Idee. Das Internet verändert sich und den Handel ständig. Der Mittelstand sollte bei diesem Wandel nicht zusehen, sondern mit anpacken und ihn gestalten.



Niklas Veltkamp, MIT-Mitglied in Berlin-Mitte, ist Mitglied der Geschäftsleitung von Bitkom und leitet die Startup-Aktivitäten des Digitalverbandes. Er ist Mitgründer einer Online-Buchungsplattform und sammelte zuvor Erfahrungen bei einer mittelständischen Unternehmensberatung, beim SAP Innovation Center und im Deutschen Bundestag

Jubiläum und Stabwechsel bei der DATEV in Nürnberg

Mit rund 700 Ehrengästen feierte die DATEV eG in Nürnberg den 50. Jahrestag ihres Bestehens. Unter den Festgästen waren neben dem Bayerischen Staatsminister für Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat Markus Söder, dem Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg Ulrich Maly sowie dem Präsidenten der Bundessteuerberaterkammer Raoul Riedlinger weitere Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft. Darüber hinaus waren auch Vertreter der Berufsstände und Genossenschaftsgremien sowie Weggefährten aus 50 Jahren Unternehmensgeschichte anwesend. Auch der Gründer und Ehrenvorsitzende, Heinz Sebiger (92), nahm am Festakt teil.

Anlass für die Gründung des ge-



Stabwechsel bei der DATEV:

Auf Dieter Kempf, der 20 Jahre Vorstandsvorsitzender der Genossenschaft war, ...

nossenschaftlichen Unternehmens DATEV war eine Notlage: Mitte der 1960er Jahre standen Unternehmen und folglich Kanzleien der Steuerberater vor einer Flut arbeitsintensiver Buchhaltungsaufträge, hatten aber auf einem leer gefegten Arbeitsmarkt Probleme, die erforderlichen Fachkräfte zu finden. Die elektronische Datenverarbeitung versprach eine Lösung, die jedoch viel zu teuer war. So schlossen sich 65 Steuerbevollmächtigte aus dem Kammerbezirk Nürnberg zu einer Genossenschaft zusammen. Heute zählt die Genossenschaft über 40.300 Mitglieder, aus zunächst fünf Mitarbeitern sind mittlerweile knapp 7.000 geworden, und der Umsatz ist von 1,2 Mio. DM im ersten Geschäftsjahr auf 843,5 Mio. EUR im Geschäftsjahr 2014 gewachsen.

G. K.



... folgte am 1. April 2016 Robert Mayr

Neue Plattform zur Streitbeilegung

Die erste wichtige Änderung beim Online-Shopping basiert auf der „ODR-Verordnung“ (Verordnung Nr. 524/2013 über die Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten). Diese EU-Vorschrift gilt seit 9. Januar 2016 in allen Mitgliedsstaaten und muss nicht in deutsches Recht umgesetzt werden. Ihr Kern ist die Einführung einer neuen Online-Streitbeilegungs-Plattform (OS-Plattform) für Händler und Verbraucher. Diese wird von der EU-Kommission betrieben und soll in 23 Sprachen verfügbar sein. Für Online-Händler und Inhaber von Online-Shops besteht nun die Pflicht, auf ihrer Seite einen Link zu dieser Online-Plattform unterzubringen. Dieser muss „gut zugänglich“ sein. Zu empfehlen ist es, diesen Link verbunden mit einem Hinweis auf die neue EU-Plattform zur Streitbeilegung im Impressum sowie in den AGB und auch in Bestellbestätigungen unterzubringen. In Verbindung mit dem Link muss auch die E-Mail-Adresse des Händlers zu finden sein.

Der Link lautet:

<http://ec.europa.eu/consumers/odr>

Vom Strafrichter zum schwedischen Gardinen-Verkäufer

BGH; Beschluss vom 12.01.2016;
3 StR 482/15

Gerne achten die Richter darauf, dass in einer Gerichtsverhandlung die „Würde des Gerichts“ nicht verletzt wird. Ein Verstoß kann für den Verursacher schnell zu unangenehmen prozessualen Folgen führen. Seit Januar wissen wir nun: Die Würde des Gerichts gilt auch für Richter und endet nicht an der Tür des Gerichtssaals.

Ein Vorsitzender Richter hat auf seinem privaten, öffentlich zugänglichen Facebook-Profil ein Bild von sich veröffentlicht, auf dem er mit einem Bierglas in der Hand auf einer Terrasse sitzt. Er trägt ein T-Shirt mit der Aufschrift: „Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause: JVA“. Er gibt auf dieser Seite seinen Arbeitsplatz mit „2. Große Strafkammer beim Landgericht Rostock“ an. Der Kommentar eines anderen Users dazu „...sprach der schwedische Gardinen-Verkäufer! :-))“ wurde von ihm „geliked“.

In einer Strafverhandlung unter Vorsitz des betreffenden Richters hat ein Verteidiger diesen unter Hinweis auf dessen Facebook-Seite wegen Befangenheit abgelehnt. Die Voraussetzungen für die Ablehnung sind

nach Rechtsauffassung des Bundesgerichtshofs erfüllt.

Der Inhalt der öffentlich und somit auch für jeden Verfahrensbeteiligten zugänglichen Facebook-Seite dokumentiert eindeutig eine innere Haltung des Vorsitzenden, die befürchten lässt, er beurteile die Strafverfahren nicht objektiv. Vielmehr kann sogar vermutet werden, er habe Spaß an der Verhängung hoher Strafen und mache sich über die Angeklagten lustig. Daher hält der BGH das in dem Ablehnungsgesuch dargelegte Misstrauen in die Unparteilichkeit des Vorsitzenden für gerechtfertigt. Der Internetauftritt ist mit der gebotenen Haltung der Unvoreingenommenheit eines Strafrichters nicht zu vereinbaren.

Ein Darlehen als Wettbewerbsverstoß

BAG; Urteil vom 07.07.2015;
10 AZR 260/14

Scheidet ein Mitarbeiter aus einem Betrieb aus, so können zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber Wettbewerbsverbote vereinbart werden. Der Arbeitgeber muss während der Laufzeit des Verbots dem Arbeitnehmer eine Karenzentschädigung zahlen – natürlich nur, wenn dieser sich an das Verbot hält.

Eigentlich ist dies keine besonders schwierige rechtliche Situation. Das Bundesarbeitsgericht sollte aber nun entscheiden, ob die während der Karenzzeit unterlassene Rückforderung eines Darlehens, welches der Arbeitnehmer einer Konkurrenzfirma gegeben hat, bereits einen Verstoß gegen das Wettbewerbsverbot darstellt. Die Wettbewerbsvereinbarung der Parteien lautet auszugsweise wie folgt:

„Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, für die Dauer von 2 Jahren nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses weder mittelbar, noch unmittelbar, ..., bei der Gründung eines solchen Unternehmen mitzuwirken oder sich an ihm zu beteiligen, noch ein solches mit Rat und Tat irgendwie zu unterstützen, ..., das mit der Firma in Wettbewerb steht...“

Der Arbeitnehmer hat während seines Arbeitsverhältnisses den Aufbau einer Konkurrenzfirma durch Vergabe eines Darlehens gefördert. Das Darlehen hat er bis zum Ablauf der Karenzzeit nicht zurückgefordert. Er verlangt die vereinbarte Karenzentschädigung. Das BAG lehnt den Anspruch ab.

Das BAG sieht in dem Wettbewerbsverbot ein umfassendes Verbot, das sich auf jede denkbare Form der Unterstützung eines Konkurrenzunternehmens bezieht. Es kommt nicht auf eine Tätigkeit bei oder für ein Konkurrenzunternehmen an. Auch die Mitwirkung an der Gründung, das mittelbare und unmittelbare Betreiben eines derartigen Unternehmens sowie jede Unterstützung eines Konkurrenzunternehmens „mit Rat und Tat“, sind ausreichend. Dies ist für einen verständigen Vertragspartner unproblematisch erkennbar.

Durch die Belassung des Darlehens nach der Kündigung bleibt der Arbeitnehmer weiter an dem Konkurrenzunternehmen beteiligt. Das reicht aus, um ihm die Karenzentschädigung zu versagen.



Foto: Efofolia

Ein Richter aus Rostock: „Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause: JVA“

SEAT Ibiza Cupra Smartphone auf vier Rädern



Foto: Kohn

Höchstgeschwindigkeit von 235 km/h dieses optische Versprechen. Gut zu wissen, dass der Rennfloh mit Hochleistungsbremsen ausgestattet ist.

Aber der Clou ist gewiss das digitale Innenleben dieses SEAT-Ibiza. Es gestattet dem Fahrer, sich auf das Fahren zu konzentrieren und zeitgleich online zu sein. So erscheint die Smartphone-Bedienoberfläche auf dem Touchscreen gespiegelt. Kommunikation, Navi, Musik und alles andere, was heute so mobil abgewickelt wird, steht zur Verfügung. Über eine Drive-App sind eine Reihe Funktionen auch von außerhalb des Fahrzeugs abrufbar, wie zum Beispiel Kontakte, E-Mails, Posts in sozialen Netzwerken, lokale Wettermeldungen, Fahrzeugdaten oder die aktuelle Position des Fahrzeugs.

Handlich, sportlich, schnell: der neue SEAT Ibiza Cupra

Was den normalen Autofahrer, in diesem Falle sicherlich eher sportlichen oder jüngeren Fahrerinnen und Fahrern, an diesem Auto besonders gefallen dürfte, sind seine Schnelligkeit und seine digitalen Finessen. Die VW-Tochter selbst zählt den kleinen, handlichen Cupra zu den „Ikonen der

Marke“ – was sicher nicht übertrieben ist.

In seiner hellen Lackierung und den schwarzen Felgen kommt es sportlich daher und hält mit seinen 192 PS, einem Beschleunigungswert von 6,7 Sekunden von 0 auf 100 und einer

Dass das Auto auch noch mit allem, was heute auch Limousinen zu bieten haben, ausgestattet werden kann, versteht sich am Rande, allerdings reißt der Käufer dabei deutlich die 20.000-Euro-Preisgrenze. G.K.

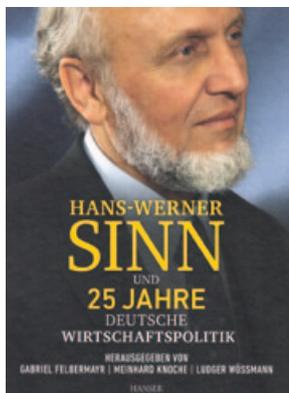
VW CC Brücke zur Oberklasse

Den Zusatz „Passat“ hat der CC längst abgelegt, denn mit dessen Image möchte Volkswagen die schnittige Limousine, die auf dem Weg ist, an den Phaeton heranzureichen, nicht belasten. Gut so, denn das viertürige Coupé der Klasse zwischen 30.000 und 40.000 Euro hat sich längst eine eigene Nische erkämpft und seine sportlich ausgerichteten Liebhaberinnen und Liebhaber gebunden. Nein, Abgaswerte haben wir keine gemessen, aber was uns viel wichtiger war bei diesem Auto: Seine Verbrauchswerte waren frappierend niedrig. Selbst im Stadtverkehr brauchte der Zwei-Liter-Diesel mit 150 PS nur etwas über sechs Liter! Kompliment. G.K.

Foto: VW



Design und Ausstattung entsprechen beim CC, je nach Geldbeutel, der automobilen Oberklasse



**Hans-Werner Sinn
25 Jahre deutsche
Wirtschaftspolitik**
Festschrift
ISBN 978-3-446-44791-2
Hanser Verlag

Hans-Werner Sinn hat wie kein anderer Wissenschaftler die wirtschaftspolitische Diskussion der letzten 25 Jahre in Deutschland geprägt. Besonders hervorzuheben sind dabei die letzten gut fünf Jahre seit und nach der Finanz- und Eurokrise sowie während der anhaltenden Flüchtlingswelle und deren Kosten. Anlässlich seines Eintritts in den Ruhestand als Präsident des Münchener ifo-Instituts stellen 111 Persönlichkeiten ihre Sicht auf die wichtigsten Themen dieser Debatte vor.

Fehler erlaubt
Cerwinka/ Schranz
Kart., 168 S., 16,80 Euro
ISBN 978-3-7093-0515-7
Linde Verlag

Fehler zu machen ist menschlich, zumal die Komplexität unseres Arbeitslebens tagtäglich viele Fehlerquellen bereithält. Aber warum fällt es so schwer, offen mit Fehlern umzugehen und daraus zu lernen? Wie man es besser machen kann, erläutern die Autorinnen anhand konkreter Beispiele aus dem Berufsalltag. Ein konstruktiver Umgang mit Fehlern kann Kosten sparen und zur Stärkung der Mitarbeitermotivation beitragen.



Ich bin, was ich darf
Volker Kitz
Broschur, 265 S., 12,99 Euro
ISBN 978-3-426-78782-3
Knaur Verlag

SPIEGEL-Bestseller-Autor Volker Kitz führt den Leser in spannenden und vor allem wahren Fallgeschichten in die großen Fragen von Recht und Gerechtigkeit ein. Schon der Untertitel „Wie die Gerechtigkeit ins Recht kommt – und was Sie damit zu tun haben“ lässt ahnen, auf welche Weise er sich dem Thema nähert. Kitz zeigt nicht nur, wie die Regeln unserer Gesellschaft entstehen, sondern auch, welche Macht wir selbst haben, sie zu ändern...

Kundengewinnung
Ingo Vögele
Brosch., 70 – 80 S.,
ISBN 978-3-867-64562-1

Nützliche Bändchen in Taschenbuchgröße und -dicke sind unter diesem Titel im UVK-Verlag erschienen – alle mit großem Praxisbezug, verständlicher Sprache und jeweils einem Dutzend praktischer Beispiele. Die wichtigsten Marketing-Module zur Kundengewinnung lassen sich auch von Mittelständlern leicht umsetzen, sowohl im lokalen Umfeld als auch Online. Gerade in diesem Bereich haben nicht wenige KMU heute erhebliche Probleme.

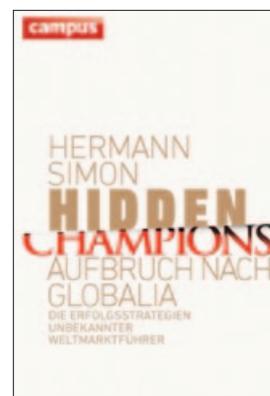
Die Weltverbesserer
Lisa Nienhaus
Geb., 256 S., 17,90 Euro
ISBN 978-3-446-44308-2
Carl Hanser Verlag

Reichtum und Bankrott, Erfolg und Untergang, Glück und Gier: Die großen Fragen des Lebens sind zugleich Fragen der Wirtschaft. Denker der Wirtschaft veränderten die Gesellschaft, zettelten Revolutionen an, prophezeiten Katastrophen und spalteten mit ihren Ideen die Völker. 66 von ihnen stellt dieses Buch vor, analog zur gleichnamigen Reihe der FAZ. Unter ihnen sind Charles Dickens, Adam Smith, Michail Bakunin, Karl Marx und Ludwig Erhard.



Einfach gute Texte schreiben
Duden-Ratgeber
Broschur, ca. 600 Seiten, 19,99 Euro
ISBN 978-3-411-70109-4
Duden-Verlag

Anders als der „DUDEN“ ist dieses Buch, gedacht für Schule, Studium und Beruf, nach Sachgebieten wie Wortsinn, Wortkomposition, Satzbau, Umlaute, Groß- und Kleinschreibung oder Satzschlusszeichen gegliedert. Das macht die gesuchten Lösungen meistens leichter auffindbar. Zahlreiche Beispiele und Aufgaben zu „Stolpersteinen der Rechtschreibung“ oder vielen Sprachtipps regen nicht nur an zum Nachschlagen, sondern sogar zum Stöbern.



Hidden Champions
Aufbruch nach Globalia
Hermann Simon
Geb., 447 S.
ISBN 978-3-593-39714-6
Campus-Verlag

Mit deutschen Hidden Champions verbinden viele primär Maschinen- und Anlagenbau. Das ist jedoch eine Fehlwahrnehmung. Viele Hidden Champions sind auf neuen Feldern aktiv. Sie spielen allerdings nicht in den großen Märkten wie Apple oder Google, sondern in weniger auffälligen und dennoch attraktiven Nischen. Autor Hermann Simon listet zahlreiche Beispiele auf, mit denen sich der deutsche Mittelstand schmücken kann.

MU will Gesundheitskosten reduzieren

Treffen der MU-Experten zum Thema Reform des Gesundheitskostensystems - im Rahmen des MU-Fachausschusses Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik unter Leitung von MU-Vize Bernhard Kösslinger in der neuen CSU-Landesleitung.

Die MU will mit dem Modell des Regionalen Gesundheitskombi Kosten reduzieren, transparenter und fairer verteilen: Die Gesundheitswirtschaft kann nicht allein wie eine pure staatlich gelenkte Versicherung gesteuert werden.



(von links) Prof. Dr. Günter Neubauer, Heiner Pflaum, Bernhard Kösslinger, Dr. Eberhard Lasson und Jan Falarz

MU fordert flexibleres Arbeitsrecht

Klare Aussage: Wir brauchen ein modernes, flexibleres Arbeitsrecht - starre Tagesarbeitszeitgrenzen sind gerade in der Gastronomie völlig überholt - denn Bayern soll touristisch Spitze bleiben - diese Forderung bekräftigten der MU-Fachausschuss Tourismus, Handel, Dienstleistungen

mit sowie rund 20 Gesprächsgästen aus MU und Verbänden in der neuen CSU-Landesleitung. Aus dem Fachausschuss war bereits Ende 2015 eine entsprechende MU-Initiative entstanden, der dann auch der CSU-Parteitag zustimmte. Das Thema liegt damit in der CSU-Landesgruppe.



(von links) FA-Leiterin Claudia Heim, Jens Huwald, Geschäftsführer Bayern Tourismus Marketing/byTM und Klaus Holetschek, MdL, Vorsitzender des Tourismusverbandes Allgäu/Bayerisch-Schwaben und Vorsitzender des Bayerischen Heilbäder-Verbandes

MU Hof: Was tun wenn ISDN wegfällt?

Wegfall von ISDN ab 2017/2018: Wie geht es mit ihrer alten Telefonanlage und den Endgeräten weiter? IP-Telefonie der vorerst letzte Baustein zur All-IP - „Fluch oder Segen“. Und was ist mit der rechtssicheren E-Mail-Archivierung? Hohes Interesse fand die Veranstaltung der Mittelstandsunion Hof-Stadt/Hof-Land unter Leitung von Reinhold Giegold zum Thema Herausforderungen der IT- und Informations-Sicherheit im Mittelstand, mit

Beteiligung verschiedener regionaler Unternehmen wie der Firma Telkomten, HFO Telecom und NEICO Computer. Anlass dazu war ein-

mal mehr die Abschaltung von ISDN bzw. die Wandlung von ISDN Anschlüssen zu IP-basierenden Anschlüssen und welche Herausforde-

rungen für ein Unternehmen hiermit verbunden sind. Dazu gab es einen Vortrag der IHK Bayreuth, „Wie sicher ist Ihr Unternehmen?“



Informationen für die Zeit nach ISDN: Mitglieder und Gäste der MU Hof mit Reinhold Giegold (ganz rechts)

Jubiläum der MU Erlangen

30 Jahre MU Erlangen-Stadt und 20 Jahre MU Erlangen-Höchstadt: Knapp 150 geladene Gäste aus Politik und Wirtschaft ließen es sich nicht nehmen, bei diesem besonderen Jubiläum mit dabei zu sein. Neben hochkarätiger

Polit-Prominenz wie Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, MdL, Forschungsstaatssekretär Stefan Müller, MdB und Mittelfrankens Regierungspräsident Dr. Thomas Bauer begrüßten die beiden MU-Vorsitzenden Dr. Robert

Pfeffer (ER) und Peter Brehm (ERH) den MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann, MdB. Seine Forderung nach einer klaren Ordnungspolitik fand großen Beifall. Seine Partei, die CDU, forderte er zu stärkerer Profilierung auf – nach dem Vorbild der CSU: „Unser Marken-

kern, unsere Erkennungsmelodie müssen den Bürgern vermittelt werden, damit die Unterscheidbarkeit und Abgrenzung wieder sichtbar wird.“ Ausgezeichnet wurden im Anschluss an den Vortrag insgesamt 384 Jahre Mitgliedschaft in der Mittelstands-Union Erlangen-Stadt bzw. –Höchstadt. Zuvor diskutierten die Vertreter der Erlanger HWK, IHK und Wirtschafts-junioren mit Robert Pfeffer und Bayerns MU-Vorsitzen- den Dr. h.c. Hans Michelbach, MdB, über aktuelle wirtschaftliche Herausforderungen und Erwartungen.



(Vlnr) Landrat Alexander Tritthart, Dr. Carsten Linnemann MdB, Peter Brehm, Dr. h.c. Hans Michelbach MdB, Dr. Robert Pfeffer und Stefan Müller MdB

MU-Premiere in der neuen CSU-Landesleitung

Nach dem CSU-Parteivorstand bestritt die erste Sitzung im Vorstandssaal der neuen CSU-Landesleitung die MU mit ihrem Fachausschuss Infrastruktur, Energie, Bau und Verkehr: Was müssen wir tun im Bereich Infrastruktur, Bau und Verkehr im Groß-



raum München/Oberbayern bis Augsburg und Schwaben - dazu sprachen (auf dem Bild von rechts) der Verkehrspolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Eberhard Rotter, MdL, FA-Leiter Dr. Thomas Geppert und der stv. Hauptgeschäftsführer der IHK München und Oberbayern, Peter Kammerer mit rund 20 Gesprächsgästen aus MU und Verbänden.

MU bei der Firma EFG Sandler in Kaufbeuren

Auf großes Interesse stieß die Besichtigung der Firma EFG Sandler in Kaufbeuren durch zahlreiche Mitglieder der Mittelstands-Union (MU) aus der Region. Als örtlicher MU-Vorsitzender konnte Stadtrat Dr. Thomas Jahn den CSU-Landtagsabgeordneten Eric Beißwenger aus Unterjoch und den MU-Bezirksvorsitzenden Rupert Mößmer begrüßen. Gastgeber Martin Sandler begeisterte mit der Präsentation seiner innovativen Produktvielfalt auf dem

Gebiet der Heiztechnik.



Firmenbesichtigung bei EFG Sandler: Eric Beißwenger, MdL, Rupert Mößmer, Martin Sandler, Dr. Thomas Jahn (erste Reihe, von links nach rechts)

MU Kitzingen bestätigt Tibor Brumme



Bestätigt wurden bei den Neuwahlen der MU Kitzingen die stellvertretende Kreisvorsitzende Annika König und die Schriftführerin Diana Brumme. Neuer Schatzmeister ist Johannes Waldmann. Ingeborg Kranl wurde für ihre 42 Jahre lange Tätigkeit als Schatzmeisterin seit Gründung des Kreisverbandes 1974 geehrt. Außerdem zählen Monika Hager und Anke Schunk als Beisitzerinnen zum Vorstand. Vorstand von links: Diana Brumme, Tibor Brumme, Annika König, Johannes Waldmann, Claus Tauscher

Der Mittelstand braucht ein starkes Europa



Parlamentskreis Mittelstand Europe mit Martin Wansleben und Antonio Tajani

„Wir müssen in der Krise auf die Europäische Karte setzen“ fassten Markus Pieper und Markus Ferber, die Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe (PKM Europe), das Get-Together des PKM Europe zusammen. Mit Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages und Antonio Tajani, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und ehemaliger EU-Kommissar für Unternehmen und Industrie, waren hochrangige Vertreter des Mittelstandes mit von der Partie.

Ein Binnenmarkt mit offenen Grenzen, Zugang zu Finanzierung für KMU, duale Ausbildung und bessere Rechtssetzung – diese Themen diskutierten die beiden Europaparlamentsabgeordneten mit 150 Mittelstandsvertretern aus Bayern, Berlin und Brüssel.

„Wir brauchen offene Grenzen für den EU Binnenmarkt!“ Mit einem klaren Plädoyer für Europa hat sich Martin Wansleben gegen Krisenstimmung in Europa ausgesprochen. „Offene Grenzen ermöglichen grenzüberschreitende

Produktionsketten für den exportorientierten Mittelstand. Dies ist ein entscheidender Standortvorteil für die Europäische Union“, sind sich Ferber und Pieper einig. Das unterstützte ihr italienischer Kollege Antonio Tajani und ergänzte seine Forderung nach fairen Wettbewerbsbedingungen für KMU beim Export.

„Auch als PKM Europe nehmen wir die Diskussionsbeiträge für unsere zukünftige Arbeit im Parlament mit. Wir werden uns weiterhin für Rahmenbedingungen einsetzen, die Mittelständler unterstützen und nicht unnötig belasten“, so Pieper und Ferber abschließend.

Foto: Kindermann



Unser Foto zeigt von links: Markus Ferber (CSU), Martin Wansleben, Antonio Tajani und Markus Pieper (CDU)

Dicke Bretter, aber mehr Löcher

Auch wenn gegenwärtig die Flüchtlingskrise die Eurokrise aus den Schlagzeilen verdrängt hat, so gibt es sie natürlich noch. Nach dem Eindruck von Beobachtern nutzt Griechenland seine geografische Lage an der Südflanke Europas derzeit leidlich aus und fordert Solidarität, Nachsicht und vor allem Bares ein. Doch Wachsamkeit ist angesagt: Je politischer und intensiver die EU-Kommission agiert, umso nachsichtiger wird sie gegenüber den Defizitsündern. „Wir müssen sehr aufpassen, dass das Prinzip von Haftung und Verantwortung nicht endgültig verwässert wird“, warnt Markus Pieper, MIT-Europapolitiker.

Dafür sorgt auch der von ihm und seinem Kollegen Ferber gegründete Parlamentskreis Mittelstand, dem mittlerweile 60 Abgeordnete der EVP-Fraktion aus 18 Ländern angehören. Der PKM hat sich gut etabliert in Brüssel und Straßburg, sein Wort hat Gewicht. Als Erfolge wertet der PKM Europe beispielsweise, dass die CSR-Regeln erst für Betriebe ab 500 Beschäftigten gelten oder die Einrichtung eines „Scrutiny Boards“ zur Bürokratiefolgenabschätzung von Gesetzen, ähnlich dem deutschen Normenkontrollrat. Der Mittelstand wird in Europa wahrgenommen. Die Bretter, die dort gebohrt werden, sind zwar noch immer dick, aber die Zahl der Löcher nimmt zu.

G.K.

EU-Check

**Irrwitzige Verordnung
oder sinnvolle Richtlinie?
In dieser Rubrik bewerten
unsere EU-Experten des
PKM Europe regelmäßig
neue EU-Vorhaben**



REFIT macht EU-Gesetzgebung schlank und zugänglich für KMU

EU-Gesetzgebung soll nicht länger ein Ärgernis für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sein. Dafür nimmt die REFIT-Plattform, eine Expertengruppe, bestehend aus Vertretern aus Politik, Interessengruppen und Mitgliedsstaaten, unter Leitung von Kommissar Frans Timmermans ihre Arbeit auf. Sie überprüft EU-Vorschriften auf Umsetzbarkeit, Subsidiarität und KMU-Tauglichkeit. Im Rahmen des REFIT-Programms („EU-Fitnessprogramm“) können KMU Vorschläge über das Online-Portal „Lighten the Load“ einreichen.

Das REFIT-Programm bietet KMU und Verbänden die Möglichkeit, ihre Ideen zur Verringerung des Verwaltungsaufwand direkt an die EU heranzutragen.

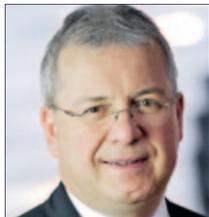
Keine Einschränkungen bei Bargeldzahlungen!

Die von den EU-Finanzministern diskutierte Maßnahme gegen die Terrorfinanzierung wäre ein tiefer Einschnitt in das tägliche Leben und den Wirtschaftsalltag von KMU. Ein Limit bei Bargeldzahlungen schränkt sowohl die Freiheit des Verbrauchers als auch des Unternehmers ein - eine sinnvolle Maßnahme gegen Terrorismusfinanzierung und illegaler Finanztransaktionen sieht anders aus.

Die Forderung nach Abschaffung des Bargelds geht an der Lebensrealität und den Menschen vorbei.



Die Jury



Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe

Jahrestage für April 2016

Mit dieser kleinen Chronik wollen wir an wissenswerte Ereignisse, Geburts- und Gedenktage aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erinnern, die in diesem Jahr „runden“.

April

01.04.

1891 – Gründung „The Wrigley Company“ in Chicago/Illinois (USA, 125. Jahrestag)



Foto: Daderot/Wikipedia

02.04.

1946 – Erstes Erscheinen der Tageszeitung „DIE WELT“ in Hamburg (70. Jahrestag)

09.04.

1966 – Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche (in jeder zweiten Woche bei Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, 50. Jahrestag)

23.04.

1516 – 500. Jahrestag des Erlasses des Reinheitsgebots für bayerisches Bier in Ingolstadt

26.04.

1986 – Super-GAU im Kernkraftwerk Tschernobyl, UdSSR (30. Jahrestag)



30.04.

1916 – Vor 100 Jahren wurde erstmals die Sommerzeit in Deutschland eingeführt

Mehrere unserer aufmerksamen Leser weisen uns auf einen Fehler in dieser Rubrik in der letzten Ausgabe hin. Das Gründungsjahr von BMW ist 1916, nicht 1816.

Ich bin in der MIT, weil ...

„... ich die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft stärken will““

Sarah Schweizer



Sarah Schweizer ist Rechtsanwältin und Partnerin der Kanzlei Schweizer Legal, einer auf das Energierecht spezialisierten Anwaltskanzlei mit Standorten in Berlin und München. Frau Schweizer studierte Rechtswissenschaften in Konstanz und Berlin. Noch während des Studiums war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Berliner Büro des Bundestagsabgeordneten Klaus Riegert tätig. Anschließend folgten Stationen in Brüssel und im Bundeskanzleramt. Ihre Karriere als Rechtsanwältin begann Frau Schweizer bei Becker Büttner Held, einer der führenden Energierechtskanzleien in Deutschland, bevor sie 2015 die Kanzlei Schweizer Legal gründete. Dort berät sie vor allem mittelständische Unternehmen mit einem starken Fokus auf das Energie- und Infrastrukturrecht. 2016 wurde Frau Schweizer in den Bundesfachausschuss Wirtschaft, Finanzen und Energie der CDU Deutschlands berufen.

Sarah Schweizer ist im Februar 2016 in die MIT Göppingen eingetreten.

„... der Mittelstand das Rückgrat unserer Wirtschaft ist. Dieser muss weiter gestärkt und im ureigenen Interesse weiter nach vorne gebracht werden.“

Thomas Wagner



Thomas Wagner, 1959 in Vacha/Rhön geboren, absolvierte nach einer Berufsausbildung und Abitur ein Maschinenbaustudium. Seit 1985 ist er in Führungspositionen in der Wirtschaft tätig. Nach einer 19-jährigen Geschäftsführertätigkeit in einem großen Familienunternehmen der Oberflächenbranche in Süddeutschland ist er heute in einem mittelständischen Unternehmen der Feuerverzinkungs- und Pulverbeschichtungsbranche in Mecklenburg-Vorpommern tätig.

Als Geschäftsführer der Müritz-Zink GmbH führt er das Unternehmen, das in Deutschland den höchsten Qualitätsstandard bei der Pulverbeschichtung von feuerverzinkten Oberflächen erreicht. Er war viele Jahre ehrenamtliches Vorstandsmitglied des Industrieverbandes Feuerverzinken und ist heute in der GSB-international, der Gütegemeinschaft der Oberflächenindustrie, ehrenamtlich tätig.

Thomas Wagner ist im Dezember 2015 in die MIT Müritz eingetreten.

„... mittelständische Gesundheitseinrichtungen wichtig für die Patientenversorgung in Deutschland sind, attraktive Arbeitsplätze schaffen, und ich diese mit der MIT vernetzen will.“

Dr. Gerald Wiegand



Dr. Gerald Wiegand ist Geschäftsführer des ALM e.V. - Akkreditierte Labore in der Medizin und leitet den Verband seit der Aufnahme der Geschäftstätigkeit 2014. Davor war Wiegand über zehn Jahre in verschiedenen Management-Funktionen der Diagnostik- und Pharmaindustrie tätig, zuletzt von 2010 bis 2014 als Geschäftsführer der Genomic Health Deutschland GmbH. Wiegand ist promovierter Biophysiker und hat einen M.B.A. der französischen Business School INSEAD. Nach seiner Promotion war er von 2000 bis 2002 als Wissenschaftler im Labor eines Biotech-Startups im Silicon Valley tätig. Der ALM e.V. vertritt derzeit 150 medizinische Labore mit 425 Fachärzten, mehr als 300 Naturwissenschaftlern und insgesamt über 17.000 Mitarbeitern. Ziel des Verbandes ist die Förderung und Sicherstellung der labormedizinischen Patientenversorgung in Deutschland.

Gerald Wiegand ist im Januar 2016 in die MIT Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf eingetreten.

NEUES VON DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE



SAVE THE DATE: MIT:FUTURA AM 4. JULI 2016



Die MIT:FUTURA geht in die zweite Runde. Nach der STARTUP INTERACTION im Mai 2015 heißt das Leitthema in diesem Jahr INNOVATION INTERACTION. Das Format bringt Unternehmer der Digitalwirtschaft, Startups, Technologieunternehmen, VCs und politische Entscheider zusammen. Das Startup-Event findet am Montag, 4. Juli, ab 16 Uhr in Berlin statt. Freuen Sie sich auf einen Switch Pitch, Inno-Boards, Inno-Fusion, Elefantenrunde, Startup-Pitch und After-Talk-Party! Weitere Informationen unter www.mit-bund.de/termine/mitfutura-2016.

AUFRUF FÜR FOTO-DATENBANK

Ob MittelstandsMagazin, Website, Newsletter oder Flyer: Als Bundesverband geben wir viele verschiedene Publikationen heraus. Bei der Fotoauswahl wollen wir nun authentischer werden und vermehrt auf Fotos von MIT-Mitgliedern und ihren Unternehmen setzen. Wenn Sie uns als Unternehmer Fotos bereitstellen können oder Unternehmer kennen, die dazu bereit sind, wäre das eine große Hilfe für uns und zugleich eine tolle Möglichkeit, die MIT nach außen zu präsentieren. Laden Sie Ihre Bilder auf unserer Webseite hoch: www.mit-bund.de/content/ihr-foto-fuer-die-mit. Dort finden Sie auch die Kriterien, nach denen wir Bilder suchen.

BLEIBEN SIE INFORMIERT MIT DEM MIT:NEWSLETTER!

Schreiben Sie eine E-Mail an email@mit-bund.de und Sie erhalten zukünftig elektronische Post aus dem Berliner Regierungsviertel. Alle 14 Tage informieren wir Sie über Initiativen, Inhalte und Interna der MIT. Selbstverständlich dienen Ihre Daten ausschließlich der Verwendung durch die MIT und werden nicht an Dritte weitergegeben.



Der Bundesvorsitzende unterwegs...

6. April 2016, 19:00 Uhr

Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie u. Wissenschaft e.V.

„Soziale Marktwirtschaft und Große Koalition – Passt das zusammen?“

Frankfurt

7. April 2016, 18:00 Uhr

MIT SV Dinslaken

„Politik für den Mittelstand als Motor für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland“

Dinslaken

12. April 2016, 18:00 Uhr

Stiftung Marktwirtschaft

„Migration, Konfusion, Integration? Zuwanderungspolitik zwischen humanitärer Verpflichtung und ökonomischer Vernunft“

Berlin

19. April 2016, 19:00 Uhr

CDU Kreisverband Olpe

„Wirtschaftspolitik im Spannungsfeld von Flüchtlingskrise, Demographie und Digitalisierung“

Olpe

20. April 2016, 19:00 Uhr

CDU Bielefeld

„Unser Wohlstand: Fit für die Zukunft?“

Bielefeld

22./23. April 2016

Klausurtagung des Bundesvorstandes

Bamberg

MIT in den Medien

„Wir sind fast nur noch im Krisenmodus unterwegs. Das macht es so schwer, grundsätzlich über Reformen, beispielsweise eine Steuerstrukturreform, zu reden.“

Carsten Linnemann zur Wirtschafts- und Steuerpolitik der Bundesregierung, 24. Februar 2016, Deutschlandfunk

Das Rentenpaket führt zu Fehlallokationen. Damit würde womöglich eher die sprichwörtliche Zahnarztfräule profitieren, ein tatsächlich bedürftiger Grundsicherungsempfänger mit unsterblicher Erwerbsbiographie hingegen nicht.“

Carsten Linnemann zur Einführung einer Lebensleistungsrente, 1. März 2016, Frankfurter Allgemeine Zeitung

„Es ist einfach nicht die Aufgabe des Staates, der Wirtschaft zu sagen, wann sie welche Produkte in welcher Menge auf den Markt bringen soll.“

Carsten Linnemann zur Kaufprämie bei Elektroautos, 2. März 2016, Stuttgarter Nachrichten

STOPPUHREN STATT STIMMKARTEN

Am 13. März haben CDU und SPD, die beiden Eckpfeiler der Großen Koalition in Berlin, bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg zusammen 22, in Sachsen-Anhalt 14 und in Rheinland-Pfalz drei Prozent ihrer dortigen Wähler im Vergleich zu den Wahlen im Jahr 2011 verloren. Ein Viertel aller Stimmen für die AfD im „Ländle“ stammen von CDU-Wählern, in Rheinland-Pfalz sind es fast 20 und in Sachsen-Anhalt zwölf Prozent. Dieser Trend ist nicht neu, aber offenbar gewollt. Ist unsere Kanzlerin dabei, ihre Wähler auszuwechseln? Bleibt sie der Union zwar als Parteivorsitzende erhalten, holt sich ihre Mehrheiten zum Regieren jedoch woanders? Ein Blick auf die politische Agenda der Großen Koalition in den letzten Jahren spricht Bände. Zufrieden sein mit dem Ergebnis können Unionsanhänger, vor allem Unternehmer, nämlich nicht.

Warnungen davor, die Stammwählerschaft zu vernachlässigen, gab und gibt es genug und seit langem. Sie sind samt und sonders wirkungslos verklungen: Die Hunde hier unten bellen, aber die Karawane da oben zieht weiter, würde Helmut Kohl sagen. Ein latent vorhandenes Grummeln bei Parteimitgliedern und Sympathisanten, das sich in den letzten Monaten hörbar gesteigert hat, wird mit Hinweis auf die nötige alternativlose Geschlossenheit zum Verstummen gebracht. Kleine Gremien beraten und beschließen Wahl-

programme, Stoppuhren zum Messen der Länge des Beifalls für die Parteivorsitzende ersetzen auf Parteitag Stimmkarten als Messinstrument für die Mehrheitsfähigkeit der Regierungspolitik.

Euro, Energiewende, europäische Lösung der Flüchtlingsfrage – nicht jeder, der die dafür angebotenen regierungsamtlichen Lösungen nicht für alternativlos hält, ist ein anti-europäischer radikaler Häretiker, der sich dem „Fortschritt“ in den Weg stellt und deswegen zurückgelassen wird. Am 13. März hat die Union abermals eine große Zahl ihrer Wähler zurückgelassen – mindestens eine halbe Million. Sie haben sich für andere Parteien oder für die Wahlverweigerung entschieden. Weitere werden ihnen im Herbst folgen. In Mecklenburg-Vorpommern und Berlin: Da, wo's richtig weh tut.



Günter F. Kohl ist Chefredakteur und Verleger des MittelstandsMagazins

Bitte schreiben Sie mir:
chefredaktion@mit-magazin.de

IMPRESSUM **MittelstandsMagazin**

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU vertreten durch den Bundesvorsitzenden und den Hauptgeschäftsführer
 Schadowstraße 3, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
 Geschäftsführer Günter F. Kohl
 Gärtnerkoppel 3
 24259 Westensee
 Telefon: 04305 / 992 993
 E-Mail: info@mitmagazin.com
 www.mit-magazin.de

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
 E-Mail: gk@mitmagazin.com

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
 rechtsfragen@mitmagazin.com

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
 Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
 Brigitte Kohl
 Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
 E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Nielsen I, II, VI, VII
 Verlagsvertretung Getz
 Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V
 KDH Medienservice
 Karin Dommermuth-Hoffmann
 Tel. 0261 / 394 953 36, Fax 0261 / 394 953 37

Titel-Foto: istock

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
 Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
 E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Frank Druck GmbH + Co KG
 Industriestraße 20, 24211 Preetz / Holstein

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt:
 GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft
 zur Feststellung der
 Verbreitung von
 Werbeträgern e. V. (IVW)





IRLAND

8 Reisetage ab **1255 €**

1. Tag: Linienflug mit Aer Lingus vom gebuchten Flughafen nach Dublin. Transfer zum Hotel. 1 ÜN in Dublin. **2. Tag:** Durch das County Wicklow geht es in Richtung Südosten. Sie besuchen Powerscourt House mit einem tollen Ausblick auf die Berge von Wicklow. Der Irish National Heritage Park ist ein eindrucksvolles Freilichtmuseum mit Nachbauten alter irischer Häuser sowie Andachts- und Begräbnisstätten. 2 ÜN in Ballinacorney. **3. Tag:** Heute besuchen Sie Jerpoint Park, eine verlassene mittelalterliche Stadt. Bei den heutigen Bewohnern eines Landsitzes aus dem 17. Jahrhundert sind Sie zu Scones bei Kaffee und Tee eingeladen. Weiterfahrt in die romantische Stadt Kilkenny mit dem Kilkenny Castle (Außenbesichtigung). In New Ross besichtigen Sie das Dunbrody Famine Ship, den originalgetreuen Nachbau eines irischen Auswanderungsschiffes aus dem 19. Jahrhundert. **4. Tag:** Über Waterford und Cork Fahrt in das County Kerry. Beim Stadtrundgang durch die Handels- und Hafenstadt Waterford begeben Sie sich auf die Spuren der georgianischen Zeit. In Cork sehen Sie u.a. die St.-Finbarr-Kathedrale, das Rathaus sowie das Cork City Gaol, ein altes Gefängnis. 2 ÜN im County Kerry. **5. Tag:** Tag zur freien Verfügung oder Entdeckungsfahrt auf dem Ring of Kerry (gegen Mehrpreis), einer der schönsten Küstenstraßen Europas. Beim Stopp auf der Kissanee Farm lernen Sie Interessantes über Schafe. **6. Tag:** Über Adare Weiterfahrt zu den Cliffs of Moher, den bekanntesten Klippen Irlands. Dann

in den Burren-Nationalpark. Letzte Station des Tages ist Galway, eine der bedeutendsten Universitätsstädte Irlands. 1 ÜN im County Galway. **7. Tag:** Fahrt nach Dublin und Stadtrundfahrt. Über die belebte Grafton Street geht es ins quirlige Viertel Temple Bar mit seinen vielen schrägen kleinen Läden und Cafés. Hinter altherwürdigen Mauern befindet sich Irlands angesehenste Universität, das Trinity College. 1 ÜN in Dublin. **8. Tag:** Fröhlichmorgens Transfer zum Flughafen und Rückflug mit Aer Lingus zum gebuchten Flughafen.

Reisepreis in Euro pro Person

8 Reisetage	EZ-	
Termine	DZ	Zuschlag
02.06. – 09.06.2016	1395	225
16.06. – 23.06.2016	1395	225
30.06. – 07.07.2016	1465	225
* 14.07. – 21.07.2016	1465	225
11.08. – 18.08.2016	1465	225
25.08. – 01.09.2016	1465	225
08.09. – 15.09.2016	1395	225
22.09. – 29.09.2016	1395	225
06.10. – 13.10.2016	1255	225
20.10. – 27.10.2016	1255	225

* nur ab/bis Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg möglich

Im Reisepreis enthalten

- „Rail & Fly inclusive“ zum/vom deutschen Abflugsort in der 2. Klasse von jedem Bahnhof in Deutschland
- Linienflug (Economy) mit Aer Lingus von Berlin, Düsseldorf, Frankfurt oder Hamburg nach Dublin und zurück
- Flug-/Sicherheitsgebühren
- Rundreise mit landesüblichem, klimatisiertem Reisebus
- 7 Übernachtungen mit Halbpension in guten Mittelklassehotels
- Unterbringung in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche/WC
- Deutsch sprechende Marco Polo Reiseleitung in Irland
- Scones mit Kaffee und Tee am 3. Tag
- Eintrittsgelder
- Klimaneutrale Bus-/Bahnfahrten durch CO₂-Ausgleich
- Ein Reiseführer pro Buchung

Zusätzlich buchbare Extras

- Zuschlag für Flug ab/bis München 50 €
- Ausflug „Ring of Kerry“ 85 €
- CO₂-Ausgleich Flüge (Economy) 6 € (siehe www.agb-mp.com/co2)



Mindestteilnehmerzahl: 15 Personen. Sollte die Mindestteilnehmerzahl nicht erreicht werden, kann der Veranstalter bis spätestens am 21. Tag vor Reisebeginn vom Reisevertrag zurücktreten (Näheres siehe Reisebedingungen) – Deutsche Staatsbürger benötigen einen gültigen Personalausweis oder Reisepass. Impfungen sind nicht vorgeschrieben. – Veranstalter dieser Reise ist die Marco Polo Reisen GmbH, Riesstr. 25, 80992 München. Die Reisebedingungen des Veranstalters sind im Internet unter www.agb-mp.com druck- und speicherfähig abrufbar – Zahlungen sind nur bei Vorliegen des Sicherungsscheines (wird mit der Reisebestätigung versandt) im Sinne des § 651 k Abs. 3 BGB fällig. Bei Vertragsschluss wird eine Anzahlung von 20% des Reisepreises, maximal jedoch 1000 € pro Person, fällig. Der restliche Reisepreis wird am 20. Tag vor Reiseantritt bzw. spätestens bei Erhalt der Reiseunterlagen fällig – Im Reisepreis sind keine Reiseversicherungen enthalten. Wir empfehlen jedem Teilnehmer den Abschluss der Reiseschutz-Pakete der Allianz Global Assistance, siehe www.agb-mp.com/versicherung.

ANMELDUNG / RESERVIERUNG

Name, Vorname

Geburtsdatum

Telefon tagsüber (mit Vorwahl)

Straße/Hausnummer

PLZ/Wohnort

Name, Vorname, Geburtsdatum Mitreisende(r)

Gewünschtes bitte eintragen bzw. ankreuzen

Reisetermin:

Doppelzimmer Einzelzimmer ½ Doppelzimmer

Flug ab/bis:

Ausflug „Ring of Kerry“

CO₂-Ausgleich Flüge (Economy)

Ich melde mich und die aufgeführten Personen **verbindlich** an – die Reisebedingungen liegen mir/uns vor.

Oder

Ich bitte um Reservierung der Leistungen und Übersendung der Reisebedingungen vor Vertragsschluss.

Ort, Datum/Unterschrift

MittelstandsMagazin-Leserreise IRLAND

Detaillierte Informationen und Buchung:

www.sgr-tours.de/msm



Einfach Coupon senden an:
Marco Polo Reisen GmbH
Postfach 50 06 09, 80976 München



Coupon faxen an:
Fax 089 50060-405



Information/Reservierung/Buchung:
Tel. 089 50060-470
sondergruppen@marco-polo-reisen.com



1&1 MY WEBSITE

0,99

ab

€/Monat*

Danach 6,99 €/Monat*

20 MILLIONEN BILDER & DESIGNS FÜR IHRE WEBSITE

Großartige Websites brauchen eine große Auswahl an Bildern und Webdesigns. Mit 1&1 MyWebsite starten Sie jetzt ganz einfach mit einem unserer tausenden, mobil optimierten Designs speziell für Ihre Branche. Und mit Millionen Bildern für jede Branche wird Ihre Website so individuell wie Ihre Geschäftsidee!

✓ Über 20 Mio. Bilder
✓ Unendliche Designvarianten

✓ Perfekte mobile Darstellung
✓ 24/7 Experten-Support

✓ Google optimiert
✓ Domain inklusive



DE: 02602/9691
AT: 0800/100668



1und1.info